# Handbuch Wirtschafts- und Steuerstrafrecht

Herausgegeben von

#### Dr. Heinz-Bernd Wabnitz

Generalstaatsanwalt a. D.

# Thomas Janovsky

Generalstaatsanwalt

#### **Lothar Schmitt**

Generalstaatsanwalt ab 1. Februar 2020 Präsident des Oberlandesgerichts

> 5., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2020



# Inhaltsübersicht

Vorwort zur 5. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 2. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 3. Auflage	VIII
Aus dem Vorwort zur 4. Auflage	VIII
Bearbeiterverzeichnis	IX
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	LIX
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	
verzeiennis abgekurzt zitterter Eiteratur	LZCZ
Allgemeines	
1. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in der Bundesrepublik	
Deutschland (Dannecker/Bülte)	5
2. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts unter dem Einfluss des	
Europarechts (Dannecker/Bülte)	85
3. Kapitel. Internationales Wirtschaftsstrafrecht – Erfassung auslandsbezogener	
Wirtschaftsstraftaten (Möhrenschlager)	235
Wirtschaftsstrafrecht	
4. Kapitel. Allgemeine Grundsätze des Wirtschaftsstrafrechts (Raum)	283
5. Kapitel. Compliance (Knierim)	361
6. Kapitel. Geldwäsche (Schnabl)	413
7. Kapitel. Organisierte Wirtschaftskriminalität (Wimmer)	443
8. Kapitel. Insolvenz – Materiellrechtlicher Teil (Beck)	457
9. Kapitel. Insolvenz – Strafrechtlicher Teil (Pelz)	517
10. Kapitel. Straftaten im Bankbereich (Knierim)	643
11. Kapitel. Kriminalität im Wertpapierhandel (Gehrmann)	735
12. Kapitel. Straftaten im Zusammenhang mit handels- und gesellschaftsrecht-	
lichen Pflichten (Raum)	791
13. Kapitel. Korruption (Bannenberg)	815
14. Kapitel. Straftaten im Gesundheitswesen (Hilgendorf)	893
15. Kapitel. Computer- und Internetkriminalität (Bär)	937
16. Kapitel. Schutz von Geschäftsgeheimnissen (Möhrenschlager)	1059
17. Kapitel. Strafbare Werbung (Solf)	1109
18. Kapitel. Produkt- und Markenpiraterie (Röer)	1149
19. Kapitel. Kartellstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht (Dannecker/N. Müller)	1173
20. Kapitel. Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und unzureichende Arbeitsbedingungen (Riediger/Schilling)	1335
company (sound)	1000
Steuer und Zoll	
21. Kapitel. Steuerstrafrecht (Pflaum)	1477
22. Kapitel. Internationales Steuerrecht und Steuerhinterziehung (Rödl/Grube)	1573
23. Kapitel. Zollstraftaten (Küchenhoff)	1623
24. Kapitel. Außenwirtschaftsstrafrecht (AWG, KWKG, CWÜAG) (Hoffmann)	1785

#### Inhaltsübersicht

	Ermittlungs- und Stratverfahren	
25.	Kapitel. Internationale Rechtshilfe (Hackner)	188
26.	. Kapitel. Ausgewählte Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens (Nickolai)	1969
27.	. Kapitel. Besonderheiten im Strafverfahren (Krause)	201
28.	. Kapitel. EDV-Beweissicherung (Bär)	2067
		4 2 2

Vorwort zur 5. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 2. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 3. Auflage	VIII
Aus dem Vorwort zur 4. Auflage	VIII
Bearbeiterverzeichnis	IX
Inhaltsübersicht	XIII
Abkürzungsverzeichnis	LIX
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	
verzeienins abgekurze zitterter Enteratur	LZZZIII
Allgemeines	
1. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	
in der Bundesrepublik Deutschland	
A. Einführung	14
B. Begriff der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschaftsstrafrechts	16
I. Klassische Definition und ihre Fortentwicklung	17
II. Strafprozessual-kriminaltaktisch orientierte Begriffsbildung des § 74c	
GVG	18
III. Orientierung an der besonderen Sozialschädlichkeit	19
IV. Orientierung am Rechtsgüterschutz	19
V. Instrumente des Wirtschaftsverkehrs als Schutzobjekte	20
C. Kriminologische Aspekte der Wirtschaftskriminalität	20
I. Struktur der amtlich registrierten Wirtschaftskriminalität	20
II. Materielle Schäden und Schadensschätzungen	21
1. Schadenshöhe der registrierten Kriminalität	21
2. Schadensschätzungen	22
3. Schäden durch Sog- und Spiralwirkung und durch	
Begleitkriminalität	23
III. Entstehungszusammenhänge der Wirtschaftskriminalität und Sozialprofil	
des Wirtschaftsstraftäters	25
IV. Steuermoral und Steuerhinterziehung	25
V. Aufklärungs- und Strafverfolgungsprobleme bei Wirtschaftsstraftaten	26
1. Zur Bedeutung der Anonymität von Wirtschaftsdelikten für ihre	
Verfolgung und Aufdeckung	26
2. Aufklärungsquote bei Wirtschaftsdelikten	27
3. Spezifische Aufklärungsprobleme bei Wirtschaftsdelikten	28
VI. Auswirkungen spezieller Regelungen des Allgemeinen und des	
Besonderen Teils des Strafrechts auf die Strafverfolgung	31
1. Regelungen des Allgemeinen Teils und ihre Auswirkung auf die	
Strafverfolgung	31
2. Regelungen des Besonderen Teils und ihre Auswirkung auf die	
Straffarfalauna	38
VII. Erledigung von Wirtschaftsstrafverfahren	39
1. Empirische Untersuchungen	39
2 Al 1	40
VIII. Kriminalpolitische Forderungen zur Verbesserung der Bekämpfung der	,,,
Wirtschaftskriminalität	41

D. Zur geschichtlichen Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	43
I. Entwicklung des deutschen Wirtschaftsstrafrechts bis zum Jahre 1945	43
II. Aufbau des Wirtschaftsstrafrechts nach dem 2. Weltkrieg	44
<ul><li>III. Einführung und Fortentwicklung des Ordnungswidrigkeitenrechts</li><li>1. Entkriminalisierung des Strafrechts durch Umwandlung in</li></ul>	46
Ordnungswidrigkeiten	46
	16
Ordnungswidrigkeitenrechts 3. Sanktionen des Ordnungswidrigkeitenrechts	46 47
4. Allgemeiner Teil des Ordnungswidrigkeitenrechts	48
5. Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen	48
6. Einführung von Sanktionen gegen Verbände	50
IV. Die neuere Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	53
1. Änderungen des materiellen Wirtschaftsstrafrechts – Überblick über	
die Reformgesetze	53
2. Reformen im Bereich der Bußgeldverhängung gegen juristische	7.5
Personen und Personenvereinigungen	75
Änderungen des Strafprozessrechts     Offene Grundsatzfragen der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschafts-	79
	01
strafrechts  F. Criminal Compliance	81 82
1. Criminal Computance	02
2. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts unter dem Einflus	s
des Europarechts	
Einführung	95
A. Harmonisierungsbestrebungen auf dem Gebiet des Wirtschafts- und	
Verwaltungsstrafrechts	96
I. Entwicklung der europäischen Einigung von der Gründung der EGKS	
bis hin zum Vertrag über eine Verfassung für Europa	96
1. Gründungsverträge	96
2. Einheitliche Europäische Akte	97
3. Maastrichter Vertrag	97
4. Amsterdamer Vertrag	97
5. Vertrag von Nizza und Charta der Grundrechte	98
6. Vertrag über eine Verfassung für Europa	99
7. Vertrag von Lissabon	100
8. Problematische Tendenzen der europäischen Gesetzgebung mit	
Strafrechtsbezug	102
9. Beitritt der EU zur EMRK und zu ausgewählten Zusatzprotokollen	102
II. Verbindung der Europäischen Gemeinschaft und der EFTA-Staaten zu	
einem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	103
III. Räumliche Erweiterung der Europäischen Union	104
1. Assoziierung und Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder	101
sowie Maltas, Zyperns und der Türkei	104
2. Partnerschafts- und Zusammenarbeitsabkommen mit weiteren	405
Staaten	105
3. Austritt des Vereinigten Königsreichs aus der EU (Brexit)	105
IV. Europa als kriminalgeographischer Raum	105
Entstehung eines kriminalgeographischen Raumes     Norwandigleit einen Angüberger den erfentleren.	105
Notwendigkeit einer Annäherung der nationalen     Strafrechtsordnungen	105
Martecatsoraningen	105

	V. Überblick über die Bedeutung des Europarechts für das Straf- und	
	Sanktionenrecht	1(
	1. Begriff des Europarechts	10
	2. Einfluss des Europarates auf das Straf- und Sanktionenrecht	10
	3. Einfluss der OECD auf das Straf- und Sanktionenrecht	1:
	4. Einfluss der Europäischen Union auf das Straf- und Sanktionenrecht	1
В. І	Die Bedeutung des Unionsrechts für das nationale Wirtschaftsstrafrecht	14
	I. Kompetenzen der Europäischen Union auf dem Gebiet des	
	Kriminalstrafrechts	14
	1. Rechtssetzung der EU	14
	2. Rechtssetzung im Rahmen der intergouvernementalen	
	Zusammenarbeit	14
	3. Kompetenzen zur Bekämpfung von Betrug zum Nachteil der	
	Europäischen Union	15
	II. Bußgeldkompetenz der Europäischen Union aufgrund primärrechtlicher	1.
	Regelungen	13
	1. Europäisches Kartellrecht	1.
	2. Die vom Gerichtshof und dem Gericht erster Instanz zu	1.
	verhängenden Geldbußen	1.
	3. Weitergehende Bußgeldkompetenzen	1.
	III. Kompetenz zur Einführung und Verhängung sonstiger repressiver	1
	Verwaltungssanktionen	1
	Strafzuschläge und Verfall von Sicherheiten	1
	Subventionskürzungen, Abzüge und Subventionssperren	1
	3. Allgemeiner Teil für ein Europäisches Verwaltungssanktionenrecht	1
	IV. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Sanktionierung der Verletzung des	1
	Unions- bzw. Gemeinschaftsrechts	1
	Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Erlass von Sanktionsnormen	1.
	2. Inhalt der Richtlinien und Verordnungen, die zum Erlass von	1
		1
	Strafnormen verpflichten	1
	V. Ausdehnung des Anwendungsbereichs der nationalen	1
	Strafrechtsordnungen (Assimilierungsprinzip)	1
	1. Verweisungsnormen im primären Gemeinschaftsrecht	1
	2. Verweisungsnormen im sekundären Gemeinschaftsrecht	1
	3. Ausdehnung des Schutzes nationaler Vorschriften auf Rechtsgüter der	1
	Europäischen Union	1
	VI. Bedeutung der Grundsätze des Unionsrechts für das nationale Strafrecht,	1
	Anwendungsvorrang und EuGH-Judikatur	1
	1. Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit (Art. 6 EUV; Präambel GR-	
	Charta)	1
	2. Unionsrechtliche Grundsätze und ihre Auswirkungen auf die	
	Anwendung nationalen Strafrechts	1
	3. Grundfreiheiten und ihre Auswirkungen auf die Anwendung	
	nationalen Strafrechts	1
	4. Unmittelbare Wirkungen von Richtlinien auf das Strafrecht	1
	5. Einschränkung von unions- und gemeinschaftsrechtlichen	
	Gewährleistungen bei Missbrauch	1
	6. Scheinkollisionen des nationalen Strafrechts mit dem Unionsrecht	1
	7. Auswirkungen der EuGH-Judikatur auf strafrechtliche und	
	steuerstrafrechtliche Fragen	1

VII.	Unions- und gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung	197
		1.05
	Rechts	197
*****	2. Unionsrechtskonforme Auslegung des nationalen Strafrechts	197
VIII.	Anwendung nationaler und europäischer Grundrechtsstandards	199
	1. Grundrechtsstandards bei Durchführung von Unionsrecht	199
	2. Grenze der Verfassungsidentität	200
	3. Unanwendbarkeit nationaler Schutzstandards	202
	4. Harmonisierung als Kriterium für Grundrechtsstandards	205
IX.	Ausweitung der nationalen Straf- und Bußgeldvorschriften auf Verstöße	
	gegen das Unions- und Gemeinschaftsrecht durch Blankettstrafgesetze	207
C. Bekär	npfung von Unregelmäßigkeiten zu Lasten des Haushalts der	
	äischen Union	208
Í.	Strafrechtlicher Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Union	209
	1. Schutz der Gemeinschafts-/Unionseinnahmen	209
	2. Schutz der Gemeinschafts-/Unionsausgaben	210
	3. Zuständigkeit für die Verfolgung von Unregelmäßigkeiten zu Lasten	-1
	des EG/EU-Haushalts	217
11	Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Gemeinschaften/Union	21
11.	durch Verwaltungssanktionen und Kontrollmaßnahmen der Kommission	22
	1. Verordnung Nr. 2988/95 über den Schutz der finanziellen Interessen	44.
	der Europäischen Gemeinschaften	22
	2. Verordnung Nr. 2185/96 des Rates vom 11.11.1996 betreffend die	44
	Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum	
	Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften	
		22
D Europ	vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten äische Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung in der EU –	222
		22
	utung der ehemaligen "dritten Säule"	223
1.	Internationale Zusammenarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung	22
	im Rahmen der Konsultationsgruppen TREVI	223
	1. Arbeitsgruppen TREVI	224
	2. Bedeutung der Arbeitsgruppen TREVI für die intergouvernementale	22
**	Zusammenarbeit	224
11.	Zusammenarbeit im Rahmen der Schengener Abkommen	225
	1. Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der	
	Grenzkontrollen an den gemeinsamen Grenzen vom 14.6.1985	225
	2. Durchführungsübereinkommen vom 19.6.1990 zum	
	Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der	
	Grenzkontrollen an den gemeinsamen Grenzen (SDÜ)	225
	3. Vergemeinschaftung des Schengenbesitzstandes	220
	4. Prümer Vertrag (Schengen III) und Wiedereinführung von Kontrollen	22
III.	Internationale Kooperation im Rahmen der Polizeilichen und	
	Justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen	22
	1. Einbindung der Kriminalitätsbekämpfung in die "dritte Säule"	22
	2. Europäisches Polizeiamt (Europol)	228
	3. Eurojust	230
	4. Europäisches Justitielles Netz (EJN)	23
E. Beteil	igung des EuGH bei der Anwendung des europarechtlich determinierten	
	und Strafverfahrensrechts	232
	. Rechtsschutz durch den EuGH zur Sicherstellung der Vorgaben des	
	Unions- und Gemeinschaftsrechts	232
11	Rechtsschutz durch den EuGH im intergouvernementalen Bereich	23

3.	. Kapitel. Internationales Wirtschaftsstrafrecht – Erfassung auslandsbezog Wirtschaftsstraftaten	ener
A.	Einleitung	238
B.	Die Einbeziehung des Schutzes ausländischer Rechtsgüter in das deutsche	
	Strafrecht	239
	ausländischer Riechtsgüter durch autonome" Entscheidung des	239
	Gesetzgebers  III. Ausdehnung von Wirtschaftsstraftatbeständen auf den Schutz  ausländischer Rechtsgüter nach dem Recht der Europäischen	247
C.	Gemeinschaften/Union oder sonst aufgrund völkerrechtlicher Verträge Die Erfassung von grenzüberschreitenden und im Ausland begangenen	253
	Wirtschaftsstraftaten nach dem inter(trans)nationalen Strafanwendungsrecht	262
	I. Reichweite des Territorialitätsprinzips	262
	1. Inlandsbegriff und allgemeine Bestimmung der Staatsgrenze	262
	2 Inlandsheariff und Grenzen" im Zusammenhang mit sog	
	Verbringingstathestanden" (Fintilhr Austilhr Durchfilhr)	263
	3. Territorialitätsprinzip (§ 3 StGB) -Ubiquitätstheorie (§ 9 StGB)	267
	II. Aktives und passives Nationalitätsprinzip – Schutzprinzip	274
	III. Prinzip der stellvertretenden Straffechtspilege ("aut dedere aut judicare")	277
	IV. Universalitätsprinzip	278
	Wirtschaftsstrafrecht	
	4. Kapitel. Allgemeine Grundsätze des Wirtschaftsstrafrechts	
A.	Zurechnung strafrechtlicher Pflichten	285
	I. Strafrechtliche Haftung beim Handeln für Unternehmen	285
		-00
	1. Straftaten mit personalem Einschlag	285
	Straftaten mit personalem Einschlag	
	Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen     Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB	285
	Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen     Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB	285 286
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen 3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB	285 286 286
	<ol> <li>Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen</li> <li>Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB</li> <li>Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit</li> <li>Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten</li> </ol>	285 286 286
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen 3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB 4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit	285 286 286 293
	Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen     Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB 4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit	285 286 286 293 293 294
	Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen     Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB	285 286 286 293 293 294 295
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen 3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB 4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit 5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten  II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen 1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung 2. Fehlende Befassung des Gesamtorgans	285 286 286 293 293 294 295 296
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen 3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB	285 286 286 293 293 294 295 296 298
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen 3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB	285 286 286 293 293 294 295 296 298 298
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen  3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB  4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit  5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten  II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen  1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung  2. Fehlende Befassung des Gesamtorgans  3. Delegation an Mitarbeiter  4. Vorsatzanforderungen  5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten	285 286 286 293 293 294 295 296 298 298 299
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen  3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB  4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit  5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten  II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen  1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung  2. Fehlende Befassung des Gesamtorgans  3. Delegation an Mitarbeiter  4. Vorsatzanforderungen  5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten  6. Strafrechtliche Haftung von Aufsichtsgremien	285 286 286 293 293 294 295 296 298 298 299 300
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen  3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB  4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit  5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten  II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen  1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung  2. Fehlende Befassung des Gesamtorgans  3. Delegation an Mitarbeiter  4. Vorsatzanforderungen  5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten  6. Strafrechtliche Haftung von Aufsichtsgremien  III. Formen bei strafbaren Handelns in Unternehmensstrukturen	285 286 286 293 293 294 295 296 298 298 299 300 302
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen  3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB  4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit  5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten  II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen  1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung  2. Fehlende Befassung des Gesamtorgans  3. Delegation an Mitarbeiter  4. Vorsatzanforderungen  5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten  6. Strafrechtliche Haftung von Aufsichtsgremien  III. Formen bei strafbaren Handelns in Unternehmensstrukturen  1. Organisationsdelikte	285 286 286 293 293 294 295 296 298 298 299 300 302 302
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen  3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB  4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit  5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten  II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen  1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung  2. Fehlende Befassung des Gesamtorgans  3. Delegation an Mitarbeiter  4. Vorsatzanforderungen  5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten  6. Strafrechtliche Haftung von Aufsichtsgremien  III. Formen bei strafbaren Handelns in Unternehmensstrukturen  1. Organisationsdelikte  2. Beteiligung bei Sonderdelikten	285 286 286 293 293 294 295 296 298 298 299 300 302 302 305
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen  3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB  4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit  5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten  II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen  1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung  2. Fehlende Befassung des Gesamtorgans  3. Delegation an Mitarbeiter  4. Vorsatzanforderungen  5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten  6. Strafrechtliche Haftung von Aufsichtsgremien  III. Formen bei strafbaren Handelns in Unternehmensstrukturen  1. Organisationsdelikte  2. Beteiligung bei Sonderdelikten  IV. Verfassungsrechtliche Vorgaben	285 286 286 293 293 294 295 296 298 298 299 300 302 302 305 307
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen 3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB 4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit 5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten  II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen 1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung 2. Fehlende Befassung des Gesamtorgans 3. Delegation an Mitarbeiter 4. Vorsatzanforderungen 5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten 6. Strafrechtliche Haftung von Aufsichtsgremien  III. Formen bei strafbaren Handelns in Unternehmensstrukturen 1. Organisationsdelikte 2. Beteiligung bei Sonderdelikten  IV. Verfassungsrechtliche Vorgaben 1. Untreue	285 286 286 293 293 294 295 296 298 298 299 300 302 305 307 307
	2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen 3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB 4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit 5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten  II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen 1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung 2. Fehlende Befassung des Gesamtorgans 3. Delegation an Mitarbeiter 4. Vorsatzanforderungen 5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten 6. Strafrechtliche Haftung von Aufsichtsgremien  III. Formen bei strafbaren Handelns in Unternehmensstrukturen 1. Organisationsdelikte 2. Beteiligung bei Sonderdelikten  IV. Verfassungsrechtliche Vorgaben 1. Untreue 2. Untreuevorsatz	285 286 286 293 293 294 295 296 298 298 299 300 302 302 305 307

B. Spezifische Pflichten im Zusammenhang mit der Leitung von Unternehmen -	
Managerkriminalität	
I. Strafrechtlich relevante Pflichtenstellungen	
1. Interne Pflichten	
2. Pflichten gegenüber dem Staat	
II. Umfang strafrechtlicher Verantwortlichkeit	
1. Einstandspflicht für die Straftaten anderer Betriebsangehöriger	
2. Übertragene Garantenstellung – Compliance	
C. Strafzumessung in Wirtschaftsstrafsachen	
I. Schadensumfang	
1. Schätzung	
2. Schadenskausalität	
3. Schadensbewertung	
4. Kompensationsverbot und Schuldumfang	
5. Umsatzsteuerkarusselle	
6. Schuldumfang bei anderen Vermögensdelikten	
7. Zeitmoment als Strafzumessungsfaktor	
8. Orientierungsgrenzen bei der Strafzumessung in Steuersachen	
II. Geldstrafe neben Freiheitsstrafe	
III. Täter-Opfer-Ausgleich	
IV. Sicherungsverwahrung bei Wirtschaftstätern	
V. Sanktionen gegen juristische Personen (§ 30 OWiG)	
1. Handeln als Vertreter oder Verantwortlicher	
2. Anknüpfungstat	
3. Ahndung	
4. Verfahrensrechtlicher Zusammenhang zwischen Strafverfolgung und	
Festsetzung der Verbandsgeldbuße	
resiseizung der verbandsgeldbube	
5. Kapitel. Compliance	
A. Compliance – materielles Recht	
I. Einführung	
1. Grundlagen	
2. Begriffe	
3. Bedeutung aus wirtschaftsrechtlicher Sicht	
II. Gesetzliche Grundlagen	
Leitungsverantwortung und Delegation	
2. Gesetzliche Einzelpflichten	
3. Strafrechtliche / bußgeldrechtliche Compliance	
4. Selbstverpflichtungen	
B. Management der Compliance – Aufgaben	
I. Pflichtenkreis	
1. Pflicht zur Organisation	
2. Pflicht zum Krisenmanagement	
II. Ausgestaltung des Compliance-Managements	
1. Business-Practice-Grundsätze	
2. Risikoanalyse	
3. Grundsätze und Maßnahmen	
4. Notfallplanung, Krisenmanagement	
III. Aufklärungsmaßnahmen	
1. Einführung	
2. Strafrechtliche Aufklärungspflicht	

	3. Kartellrechtliche Abwägungen	402
	4. Grenzen der Aufklärung	404
	5. Datenschutzrechtliche Vorgaben	405
	5. Datensentitzieentilene vorgaben	102
	6. Kapitel. Geldwäsche	
A	Vorbemerkung	415
	Der Tatbestand der Geldwäsche nach § 261 StGB	416
D.	I. Entwicklung	416
		417
	1. die Vortat	417
	2. der Tatgegenstand	41
	3 die Tethandlung	419
	4 dar subjektive Tethestend	419
	E Stanford alarma have a his form and in demands 8 261 Alex OS+CP	420
	( W 1 to 1   C 11 to 1   U 11   U 11	42
	7. keine Strafbarkeit bei besonderen Berufsgruppen?	42
C	Das Geldwäschegesetz	42
	Formen der Geldwäsche	42
	I. Verdeckte Treuhandschaft	42
	II. Bargeldgeschäfte	42
	*** 6.11 1.1 1.10	42
	IV. Geldtransfersysteme und "Elektronische Zahlungssysteme"	42
	WILL ID I. I II I D I.	42
	VI. Über- oder Unterfakturierung von Rechnungen	42
	VII. Loan back	42
		42
	IX. Online Gambling	42
	X. Bitcoin	42
E.	Die Pflichten nach dem GwG	42
88	Y A 1	42
	H. M. di la Di il I Di il I Di il	42
	III Die Identifeiemmenflicht	42
	IV Die Aufreichenungenflicht	43
	V. Die Pflicht zur internen Sicherung gegen Geldwäsche	43
	VI D: V-1-l	43
	VIII F	
	0.11 " 1 1.1. 11	43
	Der Ablauf des Verfahrens	43
	I Die Verderland 11.	43
	II. Zuständigkeit und Erfassung	43
	III. Einstellung des Verfahrens	43
	IV. Abgabe	43
	V Verböltnis zur Einanghahörde	43
	1 Stauarachainnis	43
	2 Mittailungenflight mach & 15 Abs. 2 CycC	43
	2 V11C	43
	4. Steuerstrafverfahren	43
G.	Schwierigkeiten bei der Umsetzung in der Praxis	44
	I. Ausgangslage	44
	II. Problemstellung	44
	III. Auslandsbezug	44
	IV. Erfolge des Geldwäschegesetzes	44

7. Kapitel. Organisierte Wirtschaftskriminalität	
A. Einleitung	443
B. Einzelne Fallkonstellationen	445
I. Abofallen/Abmahnanwälte	445
II. Tachomanipulation	449
III. Kontoeröffnungsbetrug	452
IV. Subventionsbetrug	453
C. Fazit/Ausblick auf neue Erscheinungsformen der organisierten Wirtschafts-	
kriminalität ("Sekundärmarkt" von Lebensversicherungen)	455
8. Kapitel. Insolvenz – Materiellrechtlicher Teil	
A. Einführung	460
I. Volkswirtschaftliche Dimensionen der Insolvenzen	460
II. Zur Insolvenzordnung	462
1. Reformentwicklung	462
2. Zielsetzung und Schwerpunkte der InsO	464
III. Insolvenzziele und Umsetzungsalternativen	467
1. Allgemeines	467
2. Das Regelinsolvenzverfahren	468
3. Der Insolvenzplan	471
4. Die Eigenverwaltung	475
5. Verbraucherinsolvenz- und sonstige Kleinverfahren	478
6. Exkurs: Die Restschuldbefreiung	480
IV. Insolvenzrecht und Strafrecht	482
1. Insolvenzstrafrecht im Spiegel der Statistik	482
2. Auswirkungen der Insolvenzrechtsreform auf das Strafrecht	486
3. Objektive Strafbarkeitsbedingung des § 283 Abs. 6 StGB	487
B. Insolvenzrechtliche Grundlagen	488
I. Insolvenzauslöser	488
1. Grundsatz	488
2. Zahlungsunfähigkeit	489
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit	496
	499
4. Überschuldung	508
II. Insolvenzantragspflicht	508
1. Grundsatz	508
2. Rechtsformneutrale Antragspflicht des § 15a InsO	510
3. Folgen der Pflichtverstöße	
III. Gerichtliche Sofortmaßnahmen im Eröffnungsverfahren	511
1. Der Maßnahmenkatalog im Überblick	511
2. Sachverständigengutachten	511
3. Sicherungsmaßnahmen	511
4. Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	512
5. Rechtsstellung des (vorläufigen) Sachwalters	514
IV. Entscheidung des Insolvenzgerichts	514
1. Eröffnung des Verfahrens	514
2. Abweisung mangels Masse und ihre Folgen	515
3. Bindungswirkung für das Strafrecht	516

# 9. Kapitel. Insolvenz – Strafrechtlicher Teil

A. E	Einführung	522
	I. Vorbemerkung	522
	II. Die gesetzlichen Grundlagen	522
	1. Terminologie	522
	2. Die wirtschaftliche Krise	523
	III. Täterkreis	524
	1. Gesetzlich Verantwortliche	524
	2. Faktisch Verantwortliche	524
	3. Strafrechtliche Haftung des Strohmanns	527
	IV. Außerstrafrechtliche Rechtsfolgen	528
	1. Inhabilität und Registersperre	528
	Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit	529
	3. Restschuldbefreiungsverfahren	529
RC	Straftaten vor Insolvenzeröffnung	529
<b>D</b> . 3	I. Insolvenzverschleppung	529
	1. Allgemeines	529
	2. Objektiver Tatbestand	532
		545
	II. Bankrott	545
	1. Allgemeines	552
	2. Einzelne Tatbestände des § 283 StGB	565
	3. Verhältnis zu Untreue	
	4. Subjektiver Tatbestand; Versuch	566
	III. Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	569
	IV. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung	570
	1. Gläubigerbegünstigung	570
	2. Schuldnerbegünstigung	574
	V. Betrug (Lieferantenbetrug)	577
	1. Allgemeines	577
	2. Täuschungshandlung	578
	3. Irrtum	578
	4. Vermögensschaden	579
	5. Vollendung	580
	6. Täterschaft	580
	VI. Untreue	581
	1. Allgemeines	581
	2. Typische Untreuehandlungen	582
	3. Einverständnis und Weisungen der Gesellschafter	583
	4. Vermögensschaden	584
	5. Sonderfragen	586
	VII. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	586
	1. Der Arbeitgeber als Verantwortlicher	587
	2. Der Sozialversicherungsbeitrag als Tatgegenstand	588
	3. Das Vorenthalten als Tathandlung	588
		593
	5. Strafbefreiende Selbstanzeige	594
	6. Konkurrenzen	594
	7. Notwendiger Inhalt von Anklage und Urteil	595
	VIII. Sonstige Insolvenzstraftaten iwS	596
	1. Falsche Versicherung an Eides Statt	596
	2. Unterschlagung	597

3. Kreditbetrug; Wechsel- und Scheckbetrug 597
4. Steuerstraftaten
IX. Spezielle kriminelle Machenschaften 599
1. Die geplante oder gesteuerte Insolvenz 599
2. Firmenbestattung
3. Kriminelle Firmensanierer
C. Straftaten nach Insolvenzantrag
I. Straftaten im Eröffnungsverfahren
II. Straftaten im Zusammenhang mit Schutzschirmverfahren
III. Strafbares Handeln nach Insolvenzeröffnung 605
1. Der Schuldner als Täter 605
2. Der (bisherige) Geschäftsführer als Täter 607
3. Der Insolvenzverwalter als Täter 607
IV. Strafbares Handeln nach Ablehnung mangels Masse
1. Insolvenzstraftaten ieS 612
2. Insolvenzstraftaten iwS
D. Strafbarkeit von Beratern
I. Allgemeines
II. Insolvenzverschleppung
III. Buchführungs- und Bilanzierungsdelikte
IV. Bankrottdelikte und Gläubigerbegünstigung
V. Betrug und Untreue
E. Insolenzstrafverfahren
I. Einleitung von Vorermittlungen und Ermittlungen
II. Informationsgewinnung
1. Handelsregisterauskünfte und -akten 618
2. Auskünfte aus dem Gewerberegister und Gewerbezentralregister 618
3. Regelanfragen
4. Auswertung der Akten des Insolvenzgerichts
5. Kontaktaufnahme zum Gutachter oder Insolvenzverwalter 62:
III. Durchsuchung und Beschlagnahme
1. Allgemeines
2. Durchsuchung beim Schuldner
3. Durchsuchung bei Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern ua 62
4. Durchsuchung beim Insolvenzverwalter
5. Durchsuchungen bei sonstigen Dritten
6. Bankermittlungen 62
IV. Zeugenanhörung und -vernehmung; Umfeldermittlungen 62
1. Schriftliche Anhörung
2. Vernehmung von Zeugen
3. Auswertung der Unterlagen; Umfang weiterer Ermittlungen 63
V. Verwertungsverbot (Beweisverwendungsverbot)
VI. Verfahrensrechte des Insolvenzverwalters
VII. Strafverfahren und Insolvenzanfechtung
VIII. Vermögensabschöpfung und Insolvenz(straf)verfahren
F. ABC des "klassischen Verteidigungsvorbringens"
10. Kapitel. Straftaten im Bankbereich
A. Bank- und Finanzwesen
I. Banken in Deutschland 64
1. Überblick
2. Rechtlicher Rahmen für das Kreditwesen

	II. Bankinterne Organisation und Kontrolle	651
	1. Grundsätze der Bankbetriebsführung	651
	2. Internes Kontrollsystem der Banken	652
	III. Strafprozessuale Besonderheiten	654
	1. Allgemeines	654
	2. Sachliche Beweismittel	654
	3. Zeugenbefragungen und Bankgeheimnis	656
	4. Entschädigung für Ermittlungsmaßnahmen	658
B.	Geld- und Zahlungsverkehr	658
	I. Kassengeschäfte	658
	1. Bargeldgeschäfte	658
	2. Edelmetall-, Wertpapier- und Devisengeschäfte	659
	3. Geld und Zahlungsmittel im Strafrecht	660
	II. Zahlungsverkehr und Kontoführung	663
	1. Konten und Kontoverfügungen	663
	- 2-4	668
	3. Lastschriftverfahren	670
	W C I I IV I'I	672
	1. Einführung, Übersicht	672
		673
		674
	4 77: 0:1	674
	2 D 1	675
	3. Untreue durch Tolerierung einer Scheck- oder Wechselreiterei	677
C	Kreditgeschäfte der Banken	677
0.	I. Allgemeines	677
	4 TZ 1:1 :0° TZ 1: 1 TZ 1: :11	677
	2 K 1: : 1 - 1 - :	682
	2 7 0:1 1 77 1:	684
	II M 1 1 1 E 1 E IV IV	685
	4 W 1:1	685
	2. Betrug gem. § 263 Abs. 1 StGB	689
	2 Sanating Straffeton des Vinden	692
	TTT N4: 1 " 11: 1 TZ 1: "1	693
		693
		694
	2. Pflichtwidrige Handlungen im Sinne der Untreue	698
	3. Einwilligung in die Kreditvergabe	698
		701
	5. Kausalität und Zurechnung	
	6. Subjektive Tatseite bei Untreuehandlungen	702
	7. Versuch, Vollendung, Beendigung	703
	IV. Kredite in Kundenkrise und Insolvenz	703
	1. Feststellung einer Insolvenzkrise	703
	2. Sanierung oder Beteiligung an einer Insolvenz?	704
	V. Besondere Finanzierungen	707
		707
	2. Verbraucherkredite	708
	3. Kreditvermittler, Kreditwucher	709
774	4. Factoring	711
D.	Bankspezifische Strafnormen	712
		712
	1. Einführung	712
	2. Unerlaubte Bankgeschäfte (§ 54 KWG)	714

3. Strafbarkeit von Bankvorständen (§ 54a KWG)	719
4. Insolvenz von Finanzinstituten (§ 55 KWG)	721
5. Unbefugte Offenbarung (§§ 55a–55b KWG)	722
6. Ordnungswidrigkeiten (§ 56 KWG)	723
II. Andere bankspezifische Straftatbestände	725
1. Depotgeschäft	725
2. Kapitalanlagegesellschaften	727
3. Ungedeckte Pfandbriefemissionen	729
4. Zahlungsdienste	731
11. Kapitel. Kriminalität im Wertpapierhandel	
A. Einführung	737
I. Die Entwicklung des Kapitalmarktstrafrechts	738
II. Handelsplätze am Kapitalmarkt	741
III. Finanzinstrumente	742
IV. Informationsquellen	743
B. Verbotstatbestände der Insiderdelikte	744
I. Allgemeines	744
II. Insiderinformation	745
1. Präzise Information	746
2. Bezug zu Emittent oder Finanzinstrument	748
3. Eignung zur erheblichen Kursbeeinflussung	748
4. Nicht öffentlich bekannt	750
5. Beispiele für Insiderinformationen	751
6. Zeitlich gestreckte Vorgänge	752
III. Verbotstatbestände des Art. 14 MAR	752
1. Verbot des Tätigens von Insidergeschäften nach Art. 14 lit. a) MAR	753
2. Das Mitteilungsverbot gemäß Art. 14 lit. c) MAR	756
3. Empfehlungsverbot gemäß Art. 14 lit. b) MAR	760
C. Marktmanipulation	761
I. Einleitung	761
II. Verbot der handelsgestützten Marktmanipulation gemäß Artikel 12	
Abs. 1 lit. a) MAR	763
1. Einleitung	763
2. Vornahme von Geschäften oder Erteilung eines Handelsauftrages	764
3. Sonstige Handlungen	765
4. Falsche oder irreführende Signale oder anormales oder künstliches	
Kursniveau sichern	765
5. Verbotsausnahme nach Art. 13 MAR	766
III. Verbot der handlungsgestützten Marktmanipulation gemäß Artikel 12	
Abs. 1 lit. b) MAR	767
1. Einleitung	767
IV. Verbot der informationsgestützten Marktmanipulation	769
1. Information	769
2. Verbreitungsweg	769
3. Unrichtiges oder irreführendes Signal	770
4. Manipulationswahrscheinlichkeit	771
5. Nicht-Offenbaren trotz Rechtspflichten	773
V. Verbot der Referenzpreismanipulation nach Art. 12 Abs. 1 lit. d) MAR	774
VI. Regelbeispiele in Art. 12 Abs. 2 MAR	774
VII. Safe harbours in Art. 5 MAR	774
VIII. Einwirkung auf den Börsen- und Marktpreis	774

_	2	
	Journalisten	776
E.	Fragen des Allgemeinen Teils und Rechtsfolgen der Tat	777
	I. Räumlicher Anwendungsbereich	777
	II. Vorsatz und Irrtum	777
	III. Unterlassensstrafbarkeit	778
	IV. Strafrahmen	778
	V. Versuchsstrafbarkeit	779
	VI. Vermögensabschöpfung	780
	VII. Verjährung	782
	VIII. Bekanntmachung von Maßnahmen	782
	IX. Sonstige straf-, verwaltungs- und arbeitsrechtliche Folgen der Tat	782
F.	Vortat iSd § 261 Abs. 1 S. 2 StGB	783
	Aufgaben der BaFin und ihre Rolle im Strafverfahren	783
	I. Einführung	783
	H A C: 1. 1.1: 1 D C · 1 D F:	784
	W D II I D F: : 0 C C1	785
	1 11 :	785
	2 Missal it and D. D. Dingal C. alamania di anno 20 88 72 C C. DO	786
	IV. Bußgeldbehörde	787
Н	Strafprozessualen Befugnisse der Ermittlungsbehörden	788
	Nebenbeteiligung, Adhäsionsverfahren und Akteneinsicht nach § 406e StPO	788
Ġ.	1 vebenbetenigung, Adnasionsveriamen und Aktenenisient nach § 400e Str O	700
	12. Kapitel. Straftaten im Zusammenhang mit handels- und	
	gesellschaftsrechtlichen Pflichten	
ic.		
	Allgemeines	791
В.	Straftaten im Zusammenhang mit Falschangaben über die Kapitalgesellschaft .	792
	I. Gründungsschwindel nach § 399 Abs. 1 Nr. 1, 2 AktG	793
	0 0	
		795
	III. Kapitalerhöhungsschwindel (§ 399 Abs. 1 Nr. 4 AktG)	796
	0	796
	V. Täuschung über persönliche Voraussetzungen (§ 399 Abs. 1 Nr. 6	
	AktG)	796
	VI. Wahrheitswidrige Erklärungen (§ 399 Abs. 2 AktG)	797
	VII. Strafbare Falschangaben bei der GmbH (§ 82 GmbHG)	797
	VIII. Falschangaben bei der Genossenschaft (147 Abs. 1 GenG)	799
	IX. Falschangaben im Rahmen der Umwandlung (§§ 313 Abs. 2, 314a	
		800
		800
C.	Bilanzdelikte	801
	I. Unrichtige Darstellung (§ 331 HGB)	802
	II. Verletzung der Berichtspflicht (§ 332 HGB)	806
		807
	Falsche Ausstellung von Berechtigungsscheinen (§ 402 AktG)	810
	Strafbewehrte gesellschaftsrechtliche Pflichten im Zusammenhang mit	0.0
	Verlusten der Gesellschaft (§ 401 AktG; § 84 GmbHG; 148 GenG)	811
		811
	II. Pflichtverletzung bei Verlust (§ 148 GenG)	812
		812
	Verletzungen der Geheimhaltungspflichten	813
		010

# 13. Kapitel. Korruption

A. Allgemei	ines
	nänomen Korruption
	Veiter Korruptionsbegriff
	rafrechtlicher Korruptionsbegriff
	orruptionsstrukturen in Deutschland und empirische Erkenntnisse
	. Korruptionsstrukturen
	Erkenntnisse über Täter
	. Empirische Erkenntnisse über grenzüberschreitende Korruption
	eutschland im internationalen Vergleich
	atistik – Verbreitung der Korruption
	unkelfeld
	chädlichkeit der Korruption
	. Materielle Schäden
	Immaterielle Schäden
	ffentliches Dienstrecht und Folgen von Dienstpflichtverletzungen
	orruptionsprävention in Bund und den Ländern
	ompliance – Korruptionsprävention in der Wirtschaft
	les Strafrecht
	berblick
	estechungsdelikte (§§ 331–335 StGB)
1.	. Allgemeine Vorbemerkung zum Gesetz zur Bekämpfung der
2	Korruption (KorrbekG 1997)
	. Rechtsgut der §§ 331 ff. StGB
	. Amtsträger
	. Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung, §§ 331, 333 StGB
	Einschränkungen des Tatbestandes
	Bestechlichkeit und Bestechung, §§ 332, 334 StGB
	. § 335 StGB
	. § 335a StGB
	. Täterschaft und Teilnahme
	. Verjährung
	. Sanktionen und Vermögensabschöpfung
	estechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr, §§ 299, 300
	GB
1.	. Vorbemerkung
	. Täterkreis
	. Unrechtsvereinbarung
	. Zukunftsbezug
	estechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen, §§ 299a, 299b
	:GB
	. Vorbemerkungen
	. Täterkreis
3	. Unrechtsvereinbarung
	Intreue, § 266 StGB
	. Typische schädigende Manipulationen
	. "Schwarze Kassen"
VI. Po	olitische Korruption und Bestechlichkeit und Bestechung von
	1andatsträgern, § 108e StGB
VII. St	teuerhinterziehung
	orruption und Sport

	IX. Die Auswirkungen des amerikanischen Strafrechts auf deutsche
	Unternehmen
	X. UK Bribery Act
J	Ermittlungen bei Korruptionsdelikten
	I. Notwendige Spezialisierung der Strafverfolgung
	II. Erkenntnisquellen
	III. Strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen
	IV. Vorschläge zur Intensivierung der Strafverfolgung gegen Korruption
	VI. Telekommunikationsüberwachung
)	Ausblick
	rusbiek
	14. Kapitel. Straftaten im Gesundheitswesen
١.	Kriminalitätsprävention im Gesundheitswesen
3.	Der Abrechnungsbetrug
	I. Das legale Abrechnungssystem des Vertragsarztes
	II. Das System der Leistungsziffern
	III Die Vernlande web ab en dlen e
	IV D: T - 1 : 1 T - 1 - 1 - 1 - 1
	1 Fallowers 1. Die Abracheung nicht ader nicht wellständig arbrachter
	Leistungen
	2 Fallgruppe 2: Die bewusste Falschhewertung der Leistung
	3 Following 3: Täuschung über die Finheltung formeler
	Variabuiltan
	4 Falleruppe 4: Die Täuschung über die eigene Qualifikation
	5 Fallgruppe 5: Die Täuschung über die Selbetändigkeit des Arztes
	6 Sanderfall: Der Laborarzt
	V. Strafrechtliche Bewertung
	1 Täusahun ashan dlung
	1. Täuschungshandlung
	2. IIItuiii
	3. Vermogensverrugung
	4. Vermogensschaden
	5. vollendung
	6. Subjektiver Tatbestand
	/. Konkurrenzen
	VI. Die Aufgaben der Kassenarzthener Vereinigungen
	1. Kontromistrumentarien
	2. Sachitch-fechnerische Richtigkeit
	3. Plausibilitatsprurung
	4. Wirtschaftlichkeitsprufung
	5. Einzelfallprufung
	6. Sanktionensystem der Kassenarztlichen Vereinigung
	7. Das Anzeigeverhalten der Kassenärztlichen Vereinigungen
	VII Stelle pach 8 81a SGB V
	VIII Die Unterstützung durch die Krankenbassen
	IX Abrechnungsmanipulationen beim Privatpatienten
	1 Abrechnungsmodus
	2 Reihilfestellen
	3. Privatärztliche Verrechnungsstellen
	4. Betrug durch unrichtige Berechnung des Gebührenfaktors
	5. Vereinbarungen zwischen Arzt und Patient
	6. Die Firma des Arztes
	U. DIC I II III d UCS (MICUS

7. Gemeinschaftliche Täuschung der Krankenversicherung	917
8. Steuerhinterziehung, § 370 AO	917
X. Das rechtswidrige Abbedingen der Regelsätze der ärztlichen	
Gebührenordnung	917
	917
2. Erhöhung der Hebesätze durch Honorarvereinbarung	917
3. Das rechtswidrige Abbedingen	918
	918
	919
	919
	920
3. Das ärztliche Hilfspersonal	920
	920
5. Die Schätzung	921
6. Strafzumessung	922
	922
8. Finanzermittlungen, Vermögenssicherung, Rückgewinnungshilfe	922
C. Der Zahnarzt- und Dentalbereich	923
	923
	923
2. Unzulässige Zuwendungen	923
3. Billigzahnersatz	924
	924
III. Vereinbarung von Nachlässen	924
IV. Betrug z. N. der Zusatzversicherung	925
	925
I. Rezeptabrechnung der Apotheken	925
II. Der Wareneinkauf per Rezept	920
	920
IV. Beteiligung am Rezeptumsatz	92
V. Korruption im Gesundheitswesen	928
	929
VII. Die unrichtige Verordnung von Arzneimitteln	929
	93
	93
E. Kuren, Heil- und Hilfsmittel	93
I. Der kostenlose Saunabesuch	93
II. Die Anschlussheilbehandlung und die "Kur"	93
III. Die "Kaffeefahrt"	93
IV. Unrichtige Abgabe von Heil- und Hilfsmitteln	93
V. Häusliche Pflegedienste	93
F. Der illegale Tierarzneimittelmarkt	93
I. Die Abgabe von Tierarzneimitteln durch den Tierarzt	93
II. Der illegale Tierarzneimittelmarkt	93
1. Futterarzneimittel	93
2. Gefahren der Massentierhaltung	93
3. "Autobahntierärzte"	93
4. Missbrauch von Betreuungsverträgen	93
III. Strafrechtliche Bewertung	93
IV. Ermittlungshinweise	93

	15. Kapitel. Computer- und Internetkriminalität
A. E	Einleitung und Begriff der Computer- und Internetkriminalität
	I. Entwicklungen zur Informationsgesellschaft
	II. Begriff der Computer- und Internetkriminalität und Überblick
	Begriff der Computer- und Internetkriminalität
	2. Überblick zu Deliktsformen
B. E	Einzelne Deliktsformen
	I Computerhetrug (8 2632 StCR)
	1. Tatobjekt: Daten und Datenverarbeitungsvorgang
	2. Unrichtige Programmgestaltung (1. Alternative)
	3. Verwendung unrichtiger oder unvollständiger Daten (2. Alternative)
	4. Unbefugte Verwendung von Daten (3. Alternative)
	5. Unbefugte Einwirkung auf Ablauf (4. Alternative)
	6. Beeinflussung des Ergebnisses eines Datenverarbeitungsvorgangs
	7. Vermögensschaden
	8. Subjektiver Tatbestand
	10. Vorbereitungshandlungen (Abs. 3)
	12. Probleme des Tatnachweises
	3. Unterdrückung beweiserheblicher Daten (§ 274 Abs. 1 Nr. 2 StGB)
	4. Probleme des Tatnachweises
	Datenhehlerei (§ 202d StGB)
	2. Abfangen von Daten (§ 202b StGB)
	StGB)
	4. Datenhehlerei (§ 202d StGB)
	1. Computerviren und andere Sabotageprogramme
	2. Datenveränderung (§ 303a StGB)
	UrhG)
	2. Strafbarer Eingriff in fremde Schutzrechte und technische
	8
	VI. Persönlichkeitsverletzungen
	VII. Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen
	5. Probleme des Tatrachweises

C. Weitere Straftaten im Internet
I. Allgemeine Fragen und beispielhafte Verfahren
1. Entwicklung der Verfahren
2. Abgrenzung von Telemedien, Telekommunikation und
Rundfunk
3. Beteiligte Personen und Verantwortlichkeit
4. Bedeutung der Verantwortlichkeitsregeln für das Strafrecht
II. Verantwortlichkeit der einzelnen Beteiligten
1. Verantwortlichkeit der Anbieter
2. Verantwortlichkeit der Provider
3. Verantwortlichkeit der Nutzer
III. Verantwortlichkeit für Hyperlink
IV. Probleme des Tatnachweises
1. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts
2. Rückverfolgung von Straftätern
D. Zusammenfassung und Ausblick
21, 200, 100, 100, 100, 100, 100, 100, 1
16. Kapitel. Schutz von Geschäftsgeheimnissen
A. Einleitung
B. Schutz im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
I. Geheimnisverrat (§ 17 Abs. 1 UWG – § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG)
1. Rechtsgut – Deliktsstruktur
2. Geschäfts- und Betriebsgeheimnis als Tatobjekt
3. Täterkreis
4. Zugänglichkeit des Geheimnisses
5. Handlung und Zeitpunkt der Tat
6. Subjektive Seite
II. Geschäfts-/Betriebsspionage (§ 17 Abs. 2 Nr. 1 UWG – § 23 Abs. 1
Nr. 1 GeschGehG)
1. Rechtsgut und Täterkreis
2. Ausspähungshandlungen
III. Geheimnishehlerei (§ 17 Abs. 2 Nr. 2 UWG – § 23 Abs. 1 Nr. 2,
Abs. 2 GeschGehG)
1. Tathandlungen
2. "Unbefugtes" Handeln des Vortäters und Täters
IV. Sanktionen (auch bei besonders schweren Fällen) und sonstige
Rechtsfolgen – § 23 Abs. 4 GeschGehG
V. Verwertung von Vorlagen (§ 18 UWG – § 23 Abs. 3 GeschGehG)
1. Täterkreis
2. Tatobjekt und Tathandlung
VI. Versuch und Vorbereitungshandlungen (§ 17 Abs. 3, § 18 Abs. 2,
§ 19 UWG – § 23 Abs. 5, 7 S. 2 GeschGehG)
VII. Voraussetzungen der Verfolgung von auslandsbezogenen Verstößen
(§ 17 Abs. 6 UWG – § 23 Abs. 7 S. 1 GeschGehG)
VIII. Strafverfolgungsvoraussetzungen (§ 17 Abs. 5, § 18 Abs. 3, § 19 Abs. 4
UWG – § 23 Abs. 8 GeschGehG)
1. Verfolgung aufgrund eines Strafantrags
2. Verfolgung von Amts wegen; Verjährung
C. Schutz durch andere strafrechtliche Regelungen
I. Gesellschafts-, wirtschafts- und arbeitsrechtliche Strafvorschriften
I. Strafivorschriften zum Schutze von Privat, und Dienstgeheimnissen

		1099
		1100
HA!		1100
	Hinweise zu präventiven Maßnahmen	1100
	The state of the s	1102
	8	1106
	•	
	Werbung als Instrument der Wirtschaftskriminalität	1110
B.	Schwindel mit Arbeitsplätzen und Nebenverdienst	1111
	I. Vorgetäuschtes Anstellungsverhältnis	1111
		1112
	<b></b>	1113
	IV. Bauernfängerei mit Servicenummern	1114
	Dubiose Chiffreanzeigen	1114
	Kredite für jedermann	1115
	Sammlungen zu angeblich sozialen Zwecken	1116
	Missstände bei der Haustürwerbung	1118
	at a seem Section 100 to 100 t	1118
		1118
		1119
10	8	1120
	Bauernfängerei mit Kaffeefahrten	1121
	8	1121
	The recommendation and the recommendation of	1122
		1123
TI	8	1123 1123
П.	Werbung mit Mondpreisen	1123
	1. Voigetausente i leisteduzierungen	1123
	The property of the second sec	1125
1.	Manipulierte Räumungsverkäufe	1125
		1126
		1127
	Orientteppichschwindel	1128
3.		1128
		1130
		1130
		1131
	Heil- und Arzneimittelschwindel	1132
807	I. Straftaten im Reisegewerbe	1132
	II. Publikumswerbung	1133
L.	Progressive Kundenwerbung	1133
	Kettenbriefe und Pyramidenspiele	1135
	I. Kettenbriefaktionen	1135
	II. Pyramidenspiele	1136
N.	Formularfallen und Telefonfallen	1138
	Y YY 10 : D 1	1138
		1139
	TIT M. 1: 11 : 1 7: 11 1.	1140
	IV. Gegenmaßnahmen der Wirtschaft	1140
	V. Strafrechtliche Beurteilung	1141

O. Geldmacherei mit Abmahnungen	1143
I. Viel Ertrag mit wenig Aufwand	1143
II. Abmahnvereine	114
III. Abmahnungen durch Pseudo-Wettbewerber	114
IV. Strafrechtliche Beurteilung	1140
P. Pressespezifische Besonderheiten	114
I. Strafprozessuale Aspekte	114
II. Verjährung	114
18. Kapitel. Produkt- und Markenpiraterie	
A. Einleitung	1150
B. Die Definition von Produkt- und Markenpiraterie	115
I. Kurzübersicht und -definition gewerblicher Schutzrechte	115
II. Bedeutung geistigen Eigentums und Ausmaß von Produkt- und	
Markenpiraterie	115
C. Gesetzeslage	115
I. Produktpirateriegesetz	115
II. Europäische Initiativen im Bereich des Strafrechts	115
III. Markenrechtliche Straftatbestände	115
1. Kennzeichenbenutzung	115
2. Geschäftlicher Verkehr	115
3. Widerrechtlichkeit	115
4. Vorsatz	115
5. Strafantrag / Strafverfolgung von Amts wegen	115
6. Qualifikation	115
7. Nebenstrafen	116
8. Nebenklage	116
9. Adhäsionsverfahren	116
10. Opferentschädigung	116
IV. Weitere mögliche Straftatbestände	116
1. Betrug, § 263 StGB	116
2. Urkundenfälschung, § 267 StGb	116
3. Geldwäsche, § 261 StGB	116
4. Steuerhinterziehung / Bannbruch §§ 370 ff. AO	116
V. Grenzbeschlagnahmeverfahren	116
VI. Zivilrechtliche Ansprüche	116
VII. Messen	116
D. Präventionsmöglichkeiten	116
E. Gegenmaßnahmen der deutschen Wirtschaft	116
F. Wichtige Kontaktadressen	116
I. Staatliche Stellen und Behörden	116
II. Verbände	116
G. Schutzrechte im Überblick	117
G. Schutzfechte iiii Oberblick	11/
19. Kapitel. Kartellstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht	
A. Schutz des freien Wettbewerbs durch straf- und bußgeldrechtliche	
Sanktionsvorschriften	118
I. Schutz des Wettbewerbs	118
II. Überblick über die Wettbewerbs- und Sanktionsvorschriften	118
1. Wettbewerbsvorschriften	118
2 Sanktionsvorschriften	119

B. V	Vettb	ewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen	119
	I.	Die durch Submissionsabsprachen verursachten Schäden	119
		Erscheinungsformen der Wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei	
		Ausschreibungen	119
		1. Absprachen zwischen Marktteilnehmern auf überschaubaren Märkten	119
		2. Submissionsabsprachen und Korruption	119
		3. Nutzung des Nachverhandlungsverbots und Erteilung von	
		Komplettaufträgen	119
	Ш	Strafbarkeit von Submissionsabsprachen als Betrug	119
		1. Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs bis	
		zum Jahre 1992	119
		Änderung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in den "Rheinausbau"-Entscheidungen	119
	IV.	Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298	
		StGB)	120
		1. Geschütztes Rechtsgut und Ausgestaltung des § 298 StGB als	120
		abstraktes Gefährdungsdelikt	120
		2. Ausschreibungen über Waren oder Dienstleistungen	120
		3. Abgabe eines Angebots	120
		4. Angaben über Waren oder Dienstleistungen	120
		5. Rechtswidrige Absprache	120
		6. Veranlassen eines bestimmten Angebots als Ziel der Absprache	120
		7. Vorsatz	120
		8. Steuerliche Abzugsfähigkeit	120
		9. Tätige Reue	120
		10. Verjährung	120
			120
		11. Konkurrenzen	120
		Submissionsabsprachen als Kartellordnungswidrigkeiten	120
	V 1.	Verfahrensrecht	120
		1. Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft und der Wirtschaftsstrafkammer	120
- N	Tatio	2. Zuständigkeit für die Verhängung von Unternehmenssanktionen	
U. I		nales Kartellordnungswidrigkeitenrecht	121
		Neuregelungen der siebenten Kartellrechtsnovelle	121
		Neuregelungen der Preismissbrauchsnovelle	121
	111.	Neuregelungen des Gesetzes zur Errichtung einer Markttransparenzstelle	101
	** *	für den Großhandel mit Strom und Gas	121
		Neuregelungen der achten Kartellrechtsnovelle	121
		Neuregelungen der neunten Kartellrechtsnovelle	121
	VI.	Regelungen und Systematik des GWB	121
		1. Normadressaten	121
		2. Materiellrechtliche Regelungen über Wettbewerbsbeschränkungen .	121
		3. Befugnisse der Kartellbehörden bezüglich Schadensersatz und	
		Vorteilsabschöpfung	121
		4. Fusionskontrolle	121
		5. Markttransparenzstellen für den Großhandel mit Strom und Gas und	
		für Kraftstoffe	121
		6. Kartellbehörden und Verfahrensvorschriften einschließlich	
		Bußgeldvorschriften	121
	VII.	Bußgeldrecht und Systematik der Kartellordnungswidrigkeiten	121
		1. Neuerungen durch die siebente GWB-Novelle	121
		2. Neuerungen durch die achte GWB-Novelle	121
		3. Neuerungen durch die neunte GWB-Novelle	121

4. Blankettgesetzcharakter: Erfordernis des Zusammenlesens von	
verweisendem und ausfüllendem Gesetz	1219
5. Struktur der Bußgeldnormen	1220
6. Schwerwiegende Zuwiderhandlungen gegen die materiellen	
Wettbewerbsverbote	1221
7. Leichtere Zuwiderhandlungen	1222
VIII. Bußgeldbewehrte Wettbewerbsverbote	1222
1. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen nach Art. 101	
AEUV und des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen nach	
Art. 102 AEUV	1222
2. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen nach	
§ 1 GWB	1223
3. Umgehungsverbote	1227
4. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden oder	
marktstarken Stellung	1228
5. Verbotenes Verhalten von Unternehmen mit relativer oder	
überlegener Marktmacht	1231
6. Boykottverbot	1232
7. Aufnahmezwang	1233
IX. Zusammenschlusskontrolle (Fusionskontrolle)	1233
1. Ziel der Zusammenschlusskontrolle	1233
2. Anwendungsbereich der Zusammenschlusskontrolle	1234
3. Anmeldepflicht von Zusammenschlüssen	1235
4. Fusionskontrollverfahren	1236
5. Bußgeldtatbestände	1237
X. Normadressaten der Bußgeldvorschriften und Ahndung juristischer	
Personen	1239
1. Ahndbarkeit natürlicher Personen über die Zurechnung gemäß § 9	
OWiG	1239
2. Ahndbarkeit natürlicher Personen wegen Aufsichtspflichtverletzung	
gemäß § 130 OWiG	1239
3. Ahndbarkeit juristischer Personen und Personenvereinigungen gemäß	
§ 30 OWiG	1240
4. Eigenständiges Sanktionsregime nach der 9. GWB-Novelle	1243
5. Wirtschaftliche Nachfolge (§ 81 Abs. 3c GWB)	1247
XI. Bußgeldbemessung und Eintragung in das Gewerbezentralregister	1248
1. Höchstmaß der Geldbuße	1248
2. Vorteilsabschöpfung	1249
3. Bußgeldbemessung bei natürlichen Personen	1250
4. Bußgeldbemessung bei juristischen Personen und	
Personenvereinigungen	1251
5. Ausfallhaftung im Übergangszeitraum (§ 81a GWB)	1254
6. Bonusregelung des Bundeskartellamts	1258
7. Eintragung in das Gewerbezentralregister	1262
D. Europäisches Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1262
I. Rechtsgrundlagen und Entstehungsgeschichte der wettbewerbs-	
rechtlichen Bußgeldvorschriften	1262
II. Kartellrechtliche Verbotsnormen	1266
1. Verbot horizontaler und vertikaler Vereinbarungen und abgestimmter	
Verhaltensweisen (Art. 101 Abs. 1 AEUV)	1266
2. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	1270

III. Dogmatische Einordnung und Ausgestaltung der Bußgeldtatbestände	1271
1. Sonderdeliktscharakter und Ausgestaltung als Blankettgesetze	1271
2. Sanktionierung von Verfahrensverstößen und Verletzungen des	
materiellen Kartellrechts	1272
IV. Allgemeiner Teil des Kartellordnungswidrigkeitenrechts	1274
1. Adressaten der Bußgeldvorschriften	1274
2. Zurechnung des Verhaltens natürlicher Personen	1279
3. Vorsatz und Fahrlässigkeit	1280
4. Geltung strafrechtlicher Fundamentalgarantien	1280
V. Bußgeldbemessung	1282
Dungektoernessung     1. Entwicklung der Sanktionspolitik bis zur Einführung der Leitlinien	1202
	1282
zur Bußgeldbemessung	1202
	1202
1998	1282
3. Leitlinien zur Bußgeldbemessung in Kartellverfahren aus dem Jahr	1202
2006	1283
4. Mitteilung über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen –	1.227
"Kronzeugenregelung"	1284
5. Vergleichsverfahren (Settlement)	1288
VI. Kartellverfahren auf Unionsebene	1290
1. Rechtsnatur und Rechtsgrundlagen des Verfahrens	1290
2. Einleitung und Ablauf des Verfahrens	1290
VII. Rechtskontrolle durch den Europäischen Gerichtshof	1298
1. Grundsätzliche Klagemöglichkeiten	1298
2. Erweiterung der Nachprüfungsmöglichkeit durch Art. 261 AEUV	
(zuvor Art. 229 EG)	1298
VIII. Bußgeldtatbestände der Fusionskontroll-Verordnung	1299
1. Rechtsgrundlagen der Fusionskontrolle	1299
2. Anwendungsbereich der Fusionskontroll-Verordnung	1300
3. Fusionskontrollverfahren	1301
4. Bußgeldvorschriften der Fusionskontroll-Verordnung	1303
5. Rechtsmittel bei Bußgeldentscheidungen	1305
E. Die private Kartellrechtsdurchsetzung – Private Enforcement	1305
I. Ausgangspunkt: Kartellschadensersatzrichtlinie	1305
II. Schadensersatz und Vorteilsabschöpfung nach §§ 33a ff. GWB	1306
1 C-l1	1306
1. Schadensersatzpflicht nach § 33a GWB	1300
2. Bindungswirkung von Entscheidungen einer Wettbewerbsbehörde	1200
gem. § 33b GWB	1308
3. Schadensabwälzung gemäß § 33c GWB	1308
4. Gesamtschuldnerische Haftung nach § 33d GWB	1309
5. Begünstigung des Kronzeugen nach § 33e GWB	1311
6. Wirkungen des Vergleichs nach § 33f GWB	1311
7. Anspruch auf Herausgabe von Beweismitteln und Erteilung von	
Auskünften nach § 33g GWB	1312
8. Verjährung nach § 33h GWB	1315
9. Vorteilsabschöpfung gem. § 34 und § 34a GWB	1316
10. Ergebnis	1318
III. Prozessuale Vorschriften des GWB	1318
1. Verfahren nach § 89b GWB	1318
2. Offenlegung aus der Behördenakte nach § 89c GWB	1319
3. Beweismittel nach § 89d GWB	1320
4. Zwischenergebnis	1320
IV Fazit	1321

V. Schadensersatzansprüche gegen Leitungspersonen bei Verstößen gegen	
	1321
U I	1321
	1323
01	1324
	1324
T. T	
	1324
0	1324
	1326
3. Rechtsfolgen unabhängig von der Größe des Unternehmens	1326
	1327
III. Compliance-Organisation	1328
IV. Inhalt der Complianceprogramme	1328
V. Kartellrechtliche Risikoanalyse	1329
VI. Kartellrechtliche Compliance-Maßnahmen	1329
1. Information der Mitarbeiter über Compliance-Risiken	1330
2. Compliance Commitment/Mission Statement	1330
3. Richtlinien und Merkblätter	1331
4. Schulung der Mitarbeiter	1332
	1333
5. Sicherstellung des Nachweises von Compliance-Maßnahmen	
6. Compliance als Lernprozess	1333
20. Kapitel. Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und unzureichende	
Arbeitsbedingungen	
	1342
A. Das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz	
I. Einführung	1342
1. Entstehungsgeschichte und Bedeutung	1342
2. Begriffsbestimmung	1344
II. Organisation der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen	
Beschäftigung	1344
1. Prüf- und Ermittlungsbehörden	1344
2. Prüfungsaufgaben	1345
3. Das Prüfungsverfahren der Zollverwaltung	1347
4. Ermittlungen der Zollverwaltung	1349
5. Zusammenarbeit mit anderen Behörden und	
Datenverarbeitung	1350
III. Ordnungswidrigkeiten im SchwarzArbG	1352
1. Die Bußgeldtatbestände des § 8 Abs. 1 SchwarzArbG	1352
2. Die Bußgeldtatbestände des § 8 Abs. 2 SchwarzArbG	1353
	1353
3. Zuständige Verwaltungsbehörde	
IV. Straftatbestände im SchwarzArbG	1353
1. Erschleichen von Sozialleistungen im Zusammenhang mit der	4050
Erbringung von Dienst- und Werkleistungen – § 9 SchwarzArbG	1353
2. Beschäftigung von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne	
Aufenthaltstitel und zu ungünstigen Arbeitsbedingungen – § 10	
SchwarzArbG	1354
3. Beschäftigung von Ausländern ohne Aufenthaltstitel, die Opfer von	
Menschenhandel sind – § 10a SchwarzArbG	1358
4. Erwerbstätigkeit von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne	
Aufenthaltstitel in größerem Umfang oder von minderjährigen	
Ausländern – § 11 SchwarzArbG	1358
V. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen und von Subventionen	1360

B. H	Iinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen	1361
	I. Begehungsweisen	1361
	1. "Klassische" Schwarzarbeit	1361
	2. Beschäftigung von Scheinselbstständigen	1363
	3. Mindestlohnverstöße	1363
	II. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt – § 266a StGB	1363
	1. Grundlagen	1363
	2. Anzuwendendes Recht – Entsendung nach Deutschland	1364
	3. Tathandlung bei illegaler Beschäftigung	1367
	4. Sozialversicherungsrechtliche Beschäftigungsarten	1370
	5. Beitragsbemessung	1373
	6. Feststellung der Bemessungsgrundlagen	1376
	7. Tatbeendigung/Verjährung	1378
	8. Konkurrenzen	1378
	9. Rechtsfolgen	1379
	10. Anforderungen an Anklage und Urteil	1379
	11. Generalunternehmer- und Entleiherhaftung	1380
C. S	chwarzarbeit durch Empfänger von Sozialleistungen wegen Verletzung von	
	Aitteilungspflichten gegenüber den Sozialleistungsträgern	1381
	I. Pflichten des Empfängers von Sozialleistungen gegenüber dem	
	Sozialleistungsträger	1381
	II. Häufig erschlichene Leistungen	1381
	1. Arbeitslosengeld I – §§ 136 ff. SGB III	1381
	2. Arbeitslosengeld II – §§ 7 ff., 19 ff. SGB II	1382
	III. Begehungsweisen	1382
	Verletzung von Mitteilungspflichten durch den Leistungsbezieher	1382
	2. Kollusives Zusammenwirken von Arbeitgeber und Leistungsbezieher	1383
	IV. Verwirklichte Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	1383
	1. Straftaten	1383
	2. Ordnungswidrigkeiten	1384
	3. Aufdeckungsmethoden	1385
	llegale Ausländerbeschäftigung	1385
1420	I. Aufenthaltsrecht und Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt	1385
	1. Unionsbürger und Gleichgestellte	1386
	Drittstaatsangehörige	1388
	3. Asylbewerber und geduldete Ausländer	1389
	II. Ausländerrechtliche Verstöße durch Aufnahme einer unerlaubten	1007
	Beschäftigung	1389
	1. Die Grundtatbestände des § 95 Abs. 1 AufenthG	1390
	2. "Erschleichen" von Aufenthaltstiteln – § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG	1392
	3. Einschleusen von Ausländern – § 96 AufenthG	1393
	III. Verstöße gegen das Arbeitsgenehmigungsrecht	1394
	1. Allgemeines	1394
	2. Straftaten im SchwarzArbG	1394
	3. Ordnungswidrigkeiten im SGB III	1394
	IV. Scheinselbstständigkeit von Staatsangehörigen der neuen EU-	1374
		1395
	1. Niederlassungsfreiheit	1395
		1395
	Abgrenzung selbstständige Tätigkeit – abhängige Beschäftigung     Erscheinungsformen der Scheinselbstständigkeit	1396
		1396
	4. Straf- und bußgeldrechtliche Folgen der Scheinselbstständigkeit	139/

E. Illegale Beschäftigung im Zusammenhang mit Arbeitnehmerüberlassung	1398
I. Arbeitnehmerüberlassung und andere Formen drittbezogenen	
Personaleinsatzes	1398
1. Arbeitnehmerüberlassung	1398
2. Abgrenzung zu anderen Formen drittbezogenen Personaleinsatzes	1398
3. Werkvertrag und Arbeitnehmerüberlassung	1400
4. Selbstständiger Dienstvertrag	1402
5. Dienstverschaffungsvertrag	1402
6. Abgrenzung zur Arbeitsvermittlung	1402
7. Überlassung von Betriebsmitteln mit Personalgestellung	1403
II. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz	1403
1. Zielsetzung	1403
2. Anwendungsbereich	1403
3. Erlaubnispflicht	1406
4. Verbot/Einschränkung der Arbeitnehmerüberlassung in Betriebe des	
Baugewerbes	1408
5. Unwirksamkeit der Vertragsverhältnisse (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 AÜG),	
Arbeitgeberfiktion (§ 10 AÜG)	1409
6. Strafrechtliche Folgen der Arbeitgeberfiktion	1410
III. Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten im AÜG	1412
1. Straftatbestände	1412
2. Ordnungswidrigkeiten	1413
	1415
F. Das Mindestlohngesetz	1415
I. Einleitung	1416
II. Merkmale des Mindestlohns; Unabdingbarkeit	1416
III. Sachlicher Anwendungsbereich	
IV. Persönlicher Anwendungsbereich	1416
1. Grundsatz	1416
2. Ausnahmen	1417
V. Höhe und Berechnung des Mindestlohns	1419
1. Höhe des Mindestlohns	1419
2. Sonderregeln, Tarifverträge, Übergangsfristen	1419
3. Grundlagen der Berechnung	1420
4. Behandlung einzelner Vergütungsbestandteile	1422
VI. Fälligkeit des Mindestlohns	1432
VII. Kontrolle und Durchsetzung des Mindestlohns	1433
1. Betretungsrecht	1433
2. Prüfung von Personen	1433
3. Auskunft und Einsicht gegenüber Personen	1433
4. Prüfung von Geschäftsunterlagen	1433
5. Sonstiges	1434
VIII. Sonstige Pflichten	1435
1. Meldepflicht	1435
2. Abgabe einer Versicherung	1435
3. Erstellung und Bereithaltung von Dokumenten	1435
IX. Ordnungswidrigkeiten im MiLoG	1435
1. Allgemeines	1435
2. Tatbestände	1437
X. Straftatbestände in Zusammenhang mit dem Mindestlohn	1439
1. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	
(§ 266a StGB)	1439
2. Betrug (§ 263 BGB)	1440
3 Wucher (8 291 StGB)	1440

	4. Nötigung (§ 240 StGB)
	5. Ausbeutung der Arbeitskraft (§ 233 StGB)
	XI. Sanktionen im weiteren Sinne
	1. Ausschluss von öffentlichen Vergaben (§ 19 MiLoG)
	2. Nachzahlung von Sozialbeiträgen
	3. Bürgenhaftung des Unternehmers (§ 13 MiLoG)
	XII. Vermeidung von Sanktionen
	as Arbeitnehmer-Entsendegesetz
146	I. Entwicklung und Zielsetzung; Ausblick
	II. Inhalt
	1. Allgemeine Arbeitsbedingungen
	2. Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen
	3. Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche
	III. Resultierende Pflichten
	Gewährung von Mindestarbeitsbedingungen – Mindestlohn
	Abführung von Beiträgen an gemeinsame Einrichtungen der
	Tarifvertragsparteien
	3. Kontrolle und Durchsetzung der Mindestarbeitsbedingungen sowie
	Beitragsabführung
	4. Meldepflichten; Abgabe einer Versicherung
	5. Erstellung und Bereithaltung von Dokumenten
	IV. Ordnungswidrigkeiten im AEntG
	1. Allgemeines
	2. Tatbestände
	V. Straftaten in Zusammenhang mit dem AEntG
	3. Wucher (§ 291 StGB)
	4. Weitere Straftaten
	VI. Sanktionen im weiteren Sinne
	1. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen – (§ 21 AEntG)
	2. Nachzahlung von Sozialbeiträgen
	3. Haftung für Auftragnehmer (§ 14 AEntG)
	VII. Ausblick; Reform
	ntsendekriminalität am Beispiel des Werkvertragsverfahrens
	I. Grundlagen der Entsendung im Werkvertragsverfahren
	II. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten bei Entsendekriminalität
	1. Erschleichen von Aufenthaltstiteln (§ 95 Abs. 2
	Nr. 2 AufenthG)
	2. Illegale Arbeitnehmerüberlassung
	3. Lohnwucher (§ 291 StGB), Mindestlohnunterschreitung (§ 23
	Abs. 1 Nr. 1 AEntG)
	4. Ausbeutung der Arbeitskraft (§ 233 StGB)
	5. Betrug zum Nachteil der Urlaubskasse (ULAK)
	6. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a StGB)
I. S	teuerliche Aspekte
	I. Allgemeines
	1. Wertneutralität und Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung
	2. Eigenständigkeit des Steuerrechts
	3. Steuerstrafrecht
	II. Schwarzlohnabreden
	1. Fallkonstellationen

2. Steuerliche Bedeutung	146
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	
III. Scheinselbstständigkeit	146
1. Fallkonstellationen	
2. Steuerliche Bedeutung	
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	
IV. Werkverträge mit ausländischen Unternehmern	
1. Fallkonstellationen	
2. Steuerliche Bedeutung	
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	
V. Illegale Arbeitnehmerüberlassung	
1. Fallkonstellationen	
2. Steuerliche Bedeutung	
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	
VI. Verfahren	
VI. Verlanden	
Steuer und Zoll	
21. Kapitel. Steuerstrafrecht	
A. Vorbemerkung	14
I. Definition und Eingrenzung	14
II. Umfang und Erscheinungsformen	
B. Tatbestand der Steuerhinterziehung	14
I. Anknüpfung an das Steuerrecht	
II. Geltung des Allgemeinen Teils des StGB	
1. Versuch und Vollendung	
2. Täterschaft und Teilnahme	
3. Verjährung	
III. Taterfolg	
1. Steuerverkürzung	
2. Anderer nicht gerechtfertigter Steuervorteil	
3. Kompensationsverbot	
IV. Tathandlung	
1. Handlungsalternative	
2. Unterlassungsalternative	
3. Kausalität der Tathandlung für den Erfolg	
V. Subjektiver Tatbestand	
1. Allgemeine Grundsätze	
2. Steuerstrafrechtliche Besonderheiten	
3. Fehlerhafte Beratung	
VI. Besonders schwere Fälle der Steuerhinterziehung	
1. Steuerhinterziehung in großem Ausmaß	
2. Steuerhinterziehung unter Beteiligung eines Amtsträgers	
3. Steuerhinterziehung und Urkundenfälschung	
4. Bandenmäßige Umsatz- oder Verbrauchsteuerhinterziehung	
5. Steuerhinterziehung unter Einschaltung von Drittstaat-	
Gesellschaften	15
VII. Konkurrenzen	
VII. Konkurrenzen  1. Tateinheit	
1. Tateinheit	
	15

C. Se	elbsta	anzeige	1513
	I.	Allgemeines	1513
		1. Bedeutung und Rechtfertigung	1513
		2. Verhältnis zu anderen Rechtsinstituten	1514
	II.	Positive Wirksamkeitsvoraussetzungen	1515
		1. Person des Anzeigeerstatters	1515
		2. Adressatin der Selbstanzeige	1515
		3. Form und Inhalt der Selbstanzeige	1516
		4. Nachzahlung hinterzogener Steuern und Zinsen	1517
	III.	Berichtigungsverbund	1519
	IV.	Negative Wirksamkeitsvoraussetzungen	1520
		1. Bekanntgabe einer Prüfungsanordnung	1520
		2. Einleitung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens	1521
		3. Erscheinen eines Amtsträgers zur steuerlichen Prüfung	1521
		4. Erscheinen zur Ermittlung einer Steuerstraftat oder	
		Steuerordnungswidrigkeit	1522
		5. Erscheinen zur Nachschau	1522
		6. Tatentdeckung	1523
		7. Umfang der Hinterziehung	1524
		8. Besonders schwere Fälle der Steuerhinterziehung	1525
	V	Selbstanzeigen betreffend Umsatzsteuervoranmeldungen und	
	٠.	Lohnsteueranmeldungen	1525
	VI	Drittanzeige	1525
		Selbstanzeige bei Mitunternehmerschaften	1526
		elles Steuerstrafrecht	1527
		Allgemeines	1527
		Anfangsverdacht	1528
	11.		1529
		1. Amtsprüfstelle	1530
		2. Außendienste	1531
		3. Vollstreckung	
		4. Mitteilungen Privater	1532
	***	5. Mitteilungen staatlicher Stellen	1532
	111.	Ermittlungsverfahren in Steuerstrafsachen	1533
		1. Einleitung	1534
		2. Bußgeld- und Strafsachenstelle	1536
		3. Steuerfahndung	1539
		4. Staatsanwaltschaft	1543
		5. Steuergeheimnis und seine Überwindung	1547
		6. Rechtsschutz	1550
	IV.	Gerichtliches Verfahren in Steuerstrafsachen	1551
		1. Beteiligung der Finanzbehörde	1551
		2. Anforderungen an die Urteilsbegründung	1552
		3. Verwertbarkeit von "Steuerdaten-CDs"	1553
	V.	Verfahren bei Selbstanzeige	1554
		1. Allgemeines	1554
		2. Eindeutig wirksame Selbstanzeige	1555
		3. Gestufte Selbstanzeige bzw. Teilselbstanzeige	1555
		4. Verhältnis zum Besteuerungsverfahren	1556
		5. Streit über Wirksamkeit der Selbstanzeige	1556
		6. Verfahrenseinstellung gemäß § 398a AO	1557
	VI.	Amtshilfe in Steuersachen	1559
		1. Rechtsgrundlagen	1559
		2. Durchführung	1561

**** ** 1:	
VII. Verständigungen	
1. Verständigung im Steuerstrafverfahren	
2. Verständigung im Besteuerungsverfahren	
3. Kooperative Gesamtbereinigung	
E. Rechtsfolgen der Steuerhinterziehung	
I. Strafrecht	
II. Berufsrecht	
III. Steuerschuld- und -verfahrensrecht	
F. Ausblick	
22. Kapitel. Internationales Steuerrecht und Steuerhinterziehung	
A. Einführung  I. Begriff des Internationalen Steuerrechts, Rechtsquellen	
II. Internationale Steuergestaltung	
III. Internationale Steuergestaltung und Steuerstrafrecht	
IV. Aktuelle Entwicklungen	
B. Ansässigkeit natürlicher Personen	
I. Steuerliches Gestaltungsziel	
II. Materiell-steuerrechtliche Voraussetzungen	
1. Steuerpflicht in Deutschland	
2. Ansässigkeit	
3. Außensteuergesetz (AStG)	
4. Ansässigkeit nach Doppelbesteuerungsabkommen und der Sonderfall	
Schweiz	
III. Typische Hinterziehungskonstellationen	
1. Doppelansässigkeit	
2. Wohnsitzverlagerung	
C. Funktionsverlagerung in ausländische Konzerngesellschaften	
I. Steuerliche Anerkennung als im Ausland ansässige Gesellschaft	
Steuerliches Gestaltungsziel     Meteoriall et ausgemenhelischen Vormungstrungen.	
2. Materiell-steuerrechtliche Voraussetzungen	
3. Typische Hinterziehungskonstellationen	
II. Funktionsverlagerungen und Verrechnungspreise	
1. Einführung und steuerliches Gestaltungsziel	
2. Voraussetzung der steuerlichen Anerkennung einer	
Funktionsverlagerung	
3. Steuerliche Auswirkungen der Funktionsverlagerung	
4. Hinzurechnungsbesteuerung	
5. Anwendungsbeispiele von Funktionsverlagerungen	
6. Typische Hinterziehungskonstellation	
III. Sonderfall Kapitalanlage (und andere passive Einkünfte) im	
Konzern	
1. Steuerliches Gestaltungsziel	
2. Materiell-steuerrechtliche Voraussetzungen	
D. Umsatzsteuer	
I. Wirkungsweise eines Umsatzsteuerkarussells	
II. Kontrollmöglichkeiten der Finanzverwaltung	
III. Strafbarkeit der Umsatzsteuerhinterziehung	
E. Internationale Tax Compliance	
I. Implementierung eines Tax-Compliance-Management-System	
II. OECD-Leitsätze	

	III.	Automatischer Informationsaustausch und FATCA  1. Globaler Standard für den Automatischen Informationsaustausch in	1617
		Steuersachen (AIA)	1617
		2. Foreign Account Tax Compliana Act (FATCA)	1617
		3. Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz – StUmgBG	1618
		Meldungen über Beteiligungen im Sinne von § 138 AO	1619
	V.	Novum: DAC 6 – Meldepflichten für grenzüberschreitende	
		Steuergestaltungen	1620
		23. Kapitel. Zollstraftaten	
A. Al	llgen	neines	1628
		ben, Befugnisse und Organisation der Zollverwaltung	1628
		Allgemeines	1628
		Einnahmenverwaltung	1629
		Verbote und Beschränkungen	1629
		Schwarzarbeitsbekämpfung	1630
		Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	1630
		Überwachungsaufgaben	1630
	V 1.	Überwachung des Warenverkehrs	1631
		Besonderheiten für Zölle und Einfuhrumsatzsteuern	1631
		3. Besonderheiten für Verbrauchsteuern	1631
		4. Besonderheiten in anderen Fällen	1632
			1633
	X 7 T T	5. Steuerprüfung	
RAI.	VII.	Strafverfolgung	1633
1881		Verhältnis zwischen Überwachungs- und Ermittlungsaufgaben	1635
	IX.	Behördenzusammenarbeit	1636
		1. Nationale Zusammenarbeit	1636
		2. Innereuropäische Zusammenarbeit	1637
		3. Internationale Zusammenarbeit	1638
		Eilzuständigkeit für die allgemeine Gefahrenabwehr	1639
		Organisation der Zollverwaltung	1639
C. Ei		nrabgabenrechtliche Grundlagen	1640
	I.	Rechtsquellen	1641
	II.	Waren	1642
	III.	Zollrechtlicher Status einer Ware	1642
	IV.	Zollgebiet	1643
		Verbringen in das Zollgebiet	1643
	VI.	Verbringen aus dem Zollgebiet	1643
		Zollverfahren	1644
		1. Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr	1644
		2. Besondere Verfahren	1644
		3. Ausfuhr	1645
7 708	VIII.	Zollschuldrechtliche Grundlagen	1645
		Einfuhrumsatzsteuer	1647
DH		rziehung von Zöllen und Einfuhrumsatzsteuer	1648
1709		Allgemeines	1648
	1.	Verhältnis von Zollrecht und nationalem Steuerstrafrecht	1648
		2. UZK-DVO und UZK-DelVO als blankettausfüllendes Recht	1649
		3. Verletzung eigener Angabepflichten als Tatbestandsvoraussetzung	1651
		4. Erlöschen der Zollschuld und Strafbarkeit	1652
		T. Enforched del Zonschuld und Stidibalkeit	1032

II. Delikte beim Verbringen von Waren in	
1. Verbringen	
2. Summarische Eingangsanmeldung	
3. Beförderungspflicht	
III. Entziehen aus der zollamtlichen Überw	
1. Verfahrensrecht	
2. Steuerschuldrecht	
3. Steuerstrafrecht	
IV. Delikte bei der Einfuhrgestellung	
1. Verfahrensrecht	
2. Steuerschuldrecht	.,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,
3. Steuerstrafrecht	
V. Delikte während der vorübergehenden	
VI. Delikte bei der Zollanmeldung	
1. Verfahrensrecht	
2. Steuerschuldrechtliche Grundlagen	
3. Begehungsformen	
VII. Delikte im Postverkehr	
VIII. Delikte im Versandverfahren	
1. Externes Versandverfahren	
2. Internes Versandverfahren	
IX. Delikte im Zusammenhang mit Zolllag	
1. Verfahrensrecht	, , , , , , , , , , , , , , , , , , , ,
2. Steuerschuldrecht	
3. Steuerstrafrecht	
X. Delikte im Zusammenhang mit Freizo	
XI. Delikte bei der vorübergehenden Verw	
1. Verfahrensrecht	
2. Steuerschuldrecht	
3. Steuerstrafrecht	1
XII. Delikte bei der Endverwendung	
1. Verfahrensrecht	
2. Steuerschuldrecht	
3. Steuerstrafrecht	
XIII. Delikte bei der Veredelung	
1. Aktive Veredelung	
2. Passive Veredelung	
XIV. Delikte beim Verbringen von Waren au	
XV. Delikte bei der Truppenverwendung .	
XVI. Weitere Begehungsformen	
1. Vorgespiegelte Erstattungs-, Erlass-	und Erlöschensgründe 1
2. Erschleichen von Bewilligungen od	er sonstiger Vorteile 1
3. Verletzung der Unterrichtungspflich	nt (Art. 23 Abs. 2 UZK) 1
XVII. Unverzollte Ware unklarer Herkunft .	
E. Verbrauchsteuerrechtliche Grundlagen	
I. Grundgesetzliche und europarechtliche	
II. Nationales Recht	0
III. Grundlagen der Steuerentstehung	
F. Hinterziehung von Verbrauchsteuern	
I. Allgemeines	
II. Einfuhrschmuggel	
1. Steuerschuldrecht	
2 Steuerstrafrecht	1

III. Innergemeinschaftlicher Schmuggel	1714
1. Privates Verbringen	1715
2. Gewerbliches Verbringen	1716
3. Besonderheiten bei Tabakwaren	1720
IV. Delikte beim Versandhandel	1722
V. Delikte bei der Beförderung unter Steueraussetzung	1723
1. Verfahrensrecht	1723
2. Delikte bei der Verfahrenseröffnung	1724
3. Unregelmäßigkeiten	1725
VI. Steuerlagerdelikte	1727
1. Entnahme aus dem Steuerlager	1727
2. Verletzung anderer Angabepflichten	1731
3. Manipulationen der Lagerbuchhaltung	1731
VII. Weitere Begehungsformen	1732
1. Erschleichen einer Steuerlagererlaubnis	1732
2. Herstellung ohne Erlaubnis	1732
3. Delikte im Zusammenhang mit Steuerbefreiungen	1733
4. Delikte im Zusammenhang mit Entlastungen	1734
5. Besonderheiten im Energiesteuerrecht	1734
VIII. Stromsteuerhinterziehung	1737
	1/3/
	1738
	1740
G. Hinterziehung anderer Steuern im Zollbereich	1740
I. Kraftfahrzeugsteuer	1741
1. Halten inländischer Fahrzeuge	1741
2. Halten ausländischer Fahrzeuge	1742
3. Widerrechtliche Benutzung von Fahrzeugen	1743
4. Oldtimerkennzeichen, rote Kennzeichen	1743
II. Luftverkehrsteuer	1744
H. Steuerhinterziehung mit Auslandsbezug	1744
I. Strafzumessung und Qualifikation	1747
I. Besonders schwere Fälle (§ 370 Abs. 3 AO)	1747
II. Qualifizierter Schmuggel (§ 373 AO)	1747
J. Konkurrenzen	1749
I. Steuerhinterziehung und andere Delikte	1749
II. Mehrere Steuerhinterziehungen	1750
K. Bannbruch	1751
I. Allgemeines	1751
II. Verbotswidrige Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Gegenständen	1751
1. Gegenstand	1751
2. Banngebiet	1751
3. Einfuhr, Ausfuhr, Durchfuhr	1752
4. Verbot	1753
5. Anderweitiger Umgang mit Verbotsgegenständen	1753
III. Sanktionsbannbruch	1754
IV. Entziehen aus der zollamtlichen Überwachung als Verbotsbannbruch	1755
V. Kein Verbotsbannbruch in anderen Fällen	1757
VI. Qualifikation gemäß § 373 AO	1758
VII. Bannbruch mit Auslandsbezug	1759
VIII. Konkurrenzen	1760

I Stauarhahlarai	170
L. Steuerhehlerei	170
I. Allgemeines	170
II. Tatobjekt	
III. Vortat	170
IV. Begehungsvarianten	170
1. Erwerbshehlerei	170
2. Absatzhehlerei	170
3. Abgrenzung zwischen den Begehungsvarianten	170
V. Subjektiver Tatbestand	170
VI. Qualifikation	170
VII. Steuerhehlerei mit Auslandsbezug	17
VIII. Konkurrenzen	17
1. Steuerhehlerei und Steuerhinterziehung	17
2. Mehrere hehlerische Handlungen	17
3. Steuerhehlerei und andere Delikte	17
M. Steuerzeichenfälschung	17
N. Begünstigung	17
I. Objektiver Tatbestand	17
II. Subjektiver Tatbestand	17
III. Strafaufhebungsgrund § 257 Abs. 3 StGB	17
IV. Auslandstaten	17
V. Konkurrenzen	17
O. Marktordnungsstraftaten	17
P. Weitere Rechtsfragen	17
I. Bagatelldelikte gemäß § 32 ZollVG	17
II. Bagatelldelikte gemäß § 37 TabStG	17
	17
III. Nebenfolgen und Einziehung	17
IV. Selbstanzeige	
V. Zollstraftaten als Vortaten der Geldwäsche	17
Q. Außerstrafrechtliche Rechtsfolgen	17
I. Festsetzungsverjährung	17
II. Hinterziehungs- und Verzugszinsen	17
III. Haftung	17
IV. Restschuldbefreiung	17
V. Entzug von Erlaubnissen und Bewilligungen	17
VI. Ordnungswidrigkeiten	17
24. Kapitel. Außenwirtschaftsstrafrecht (AWG, KWKG, CWÜAG)	
A. Vorbemerkungen	17
I. Der Begriff des Außenwirtschaftsrechts	17
II. Übersicht der Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AWG	17
III. Übersicht der Straftaten nach dem KWKG	17
IV. Übersicht der Straftaten nach dem CWÜAG	17
V. Die Regelungsebenen des Außenwirtschaftsrechts	17
Warenverkehr mit Rüstungsgütern/Embargos	17
Warenverkehr mit Rustungsgutern/ Embargos     Warenverkehr mit sonstigen Gütern, insbesondere solchen mit	1/
	17
doppeltem Verwendungszweck	
3. Dienstleistungsverkehr	18
VI I PREDIDICATION OF THE PROPERTY OF THE PROP	1.29

B. Straftaten nach dem AWG	1804
QISTONII. Überblick	1804
II. Gemeinsame Tatbestandsmerkmale	1804
1. Täter/Modalitäten	1804
2. Tathandlung: Zuwiderhandlung/Verstoß	1806
3. Das Verhältnis von § 17 zu § 18 AWG	1807
III. § 17 Abs. 1 AWG: Verstöße gegen Waffenembargos	1808
1. Der zugrundeliegende Verwaltungsrechtsverstoß	1808
Der Zugründeriegende Verwaltungsrechtsverstob     Z. Die Tatbestandsmerkmale im Einzelnen	1808
3. Insbesondere: die Modalitäten	1815
4. Die Rechtsfolge des § 17 Abs. 1 AWG	1817
5. Strafbarkeit leichtfertiger Zuwiderhandlungen, § 17 Abs. 1 in	1010
Verbindung mit Abs. 5 AWG	1818
[628] IV. § 18 Abs. 1 AWG	1819
1. Die Modalitäten im Einzelnen	1819
2. Zuwiderhandlung gegen einen unmittelbar geltenden EU-/EG-	
Rechtsakt	1824
3. Veröffentlichung im Amtsblatt der EG/EU	1825
4. Dienen der Durchführung einer vom Rat der Europäischen Union	
im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	
beschlossenen wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahme	1826
V. § 18 Abs. 2 AWG: Verstöße gegen die AWV	1827
1. § 18 Abs. 2 Nr. 1 AWG	1827
2. § 18 Abs. 2 Nr. 2 AWG	1828
72.8 3. \$ 18 Abs. 2 Nr. 3 AWG	1829
	1829
5. § 18 Abs. 2 Nr. 5 AWG	1830
6. § 18 Abs. 2 Nr. 6 AWG	1831
7. § 18 Abs. 2 Nr. 7 AWG	1834
8. Verstoß gegen die AWV	1834
VI. Absatz 3: Verstöße gegen die Kimberley-Verordnung	1834
1. Überblick und Tatbestände	1834
2. Verstoß gegen die Kimberley-Verordnung	1836
3. Rechtsfolge	1836
VII. Absatz 4: Verstöße gegen die Anti-Folter-Verordnung	1836
1. Überblick und Tatbestände	1836
2. Verstoß gegen die Anti-Folter-Verordnung	1841
3. Rechtsfolge	1841
VIII. § 18 Abs. 5 AWG: Verstöße gegen die Dual-use-VO	1841
Logical 1. Überblick und Tatbestände	1841
2. Verstoß gegen die Dual-use-VO	1846
o. reemstorge	1847
IX. § 18 Abs. 5a AWG: weitere Verstöße gegen die Anti-Folter-Verord-	1047
nung	1847
X. Qualifikationen	1848
1. Handeln für den Geheimdienst einer fremden Macht (§§ 17 Abs. 2	
Nr. 1, 18 Abs. 7 Nr. 1 AWG)	1848
2. Gewerbsmäßiges Handeln (§§ 17 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 1, 18 Abs. 7	
Nr. 2 Alt. 1 AWG)	1848
3. Handeln als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten	
Begehung solcher Taten verbunden hat (§§ 17 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2,	
18 Abs. 7 Nr. 2 Alt. 2 AWG)	1848

	4. Kombination der beiden vorgenannten Alternativen (§§ 17 Abs. 3,	
	18 Abs. 8 AWG)	18
	5. Handeln für den Geheimdienst einer fremden Macht, das sich auf die	
	Entwicklung, Herstellung, Wartung oder Lagerung von Flugkörpern	
	für chemische, biologische oder Atomwaffen bezieht (§ 18 Abs. 7	
	Nr. 3 AWG)	18
XI	Unrechtmäßig erwirkte oder erschlichene Genehmigungen,	
711.	§§ 17 Abs. 6, 18 Abs. 9 AWG	18
VII		18
	Erstreckung auf Auslandstaten, §§ 17 Abs. 7, 18 Abs. 10 AWG	18
	Subjektiver Tatbestand und Irrtümer	
	Versuch	18
	Verjährung	18
	Konkurrenzen	18
	ingswidrigkeiten nach dem AWG	18
I.	Überblick und Tatbestände	18
	1. § 19 Abs. 1 AWG	18
	2. § 19 Abs. 2 AWG	18
	3. § 19 Abs. 3 AWG	18
	4. § 19 Abs. 4 AWG	18
	5. § 19 Abs. 5 AWG	1
11		1
	Rechtsfolge	1
	Verjährung	
	Konkurrenzen bei allen Tatbeständen	1
V.	Unterbleiben der Verfolgung als Ordnungswidrigkeit gemäß § 22 Abs. 4	
	AWG	1
	1. Uberblick	1
	2. Tatbestand	1
	3. Rechtsfolge	1
D. Strafta	ten nach dem KWKG	1
	Einführung	1
	Übergreifende Merkmale der Tatbestände: die strafbaren Modalitäten	1
	1. Verbringen	1
	2. Einfuhr	1
	3. Ausfuhr	1
		1
	4. Durchfuhr durch das Bundesgebiet	
	5. Handeltreiben	1
	6. Beförderung mit Schiff oder Flugzeug	1
	7. Vermittlung eines Vertrags, Nachweis einer Gelegenheit hierzu oder	
	Abschluss eines Vertrags	1
	§ 19 KWKG: Strafvorschriften gegen Atomwaffen	1
IV.	§ 20 KWKG: Strafvorschriften gegen biologische und chemische	
	Waffen	1
V.	§ 20a KWKG: Strafvorschriften gegen Antipersonenminen und	
	Streumunition	1
VI	§ 22a Abs. 1 Nr. 4 KWKG: Strafvorschriften gegen die ungenehmigte	
v 1.	Beförderung zur Verbringung	1
7711		1
V 11.	§ 22a Abs. 1 Nr. 5 KWKG: Strafvorschriften gegen die ungenehmigte	
	Beförderung auf Seeschiffen oder mit Luftfahrzeugen	1
VIII.	§ 22a Abs. 1 Nr. 7 KWKG: Strafvorschriften gegen ungenehmigte	
	Auslandsgeschäfte durch Vermittlung von Verträgen oder den Nachweis	
	der Gelegenheit zum Abschluss oder eigenen Abschluss	1
IX.	Verleiten zu/Fördern einer Straftat nach dem KWKG	1

CLOUD AND AND AND ADDRESS OF THE PARTY OF TH	4070
X. Konkurrenzen	1870
XI. Einziehung	1870
E. Ordnungswidrigkeiten nach dem KWKG	1871
F. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem CWÜAG	1871
I. Straftaten nach dem CWÜAG	1872
II. Ordnungswidrigkeiten nach dem CWÜAG	1874
G. Zuständigkeiten für die Überwachung und Verfolgung	1875
1950	
Ermittlungs- und Strafverfahren	
25. Kapitel. Internationale Rechtshilfe	
Vorbemerkung	1884
A. Rechtshilfe in strafrechtlichen Angelegenheiten	1884
I. Strafrechtliche Angelegenheiten	1884
II. Rechtshilfe	1886
B. Rechtshilfe als Teil international arbeitsteiliger Strafverfolgung	1888
I. Rechtshilfe im Zusammenspiel verschiedener	
Rechtsordnungen	1888
II. International abgestimmtes Vorgehen	1890
III. Checkliste zu Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines	
Rechtshilfeersuchens	1894
C. Rechtsquellen	1895
I. Grundstrukturen und Hilfsmittel	1895
II. Rechtsquellen im globalen Netzwerk	1898
800 Johns 1. Auslieferung	1898
2. Vollstreckungshilfe	1906
3. Sonstige Rechtshilfe	1911
III. Rechtsquellen des nationalen Rechtshilferechts	1923
1. Das Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen	1923
2. Zuständigkeitsvereinbarung und Übertragung auf das Bundesamt für	
Justiz	1924
3. Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen	1/21
Angelegenheiten (RiVASt)	1925
4. Fahndungsbestimmungen	1926
D. Notwendigkeit und Sinn eines Rechtshilfeersuchens	1926
I. Nichtgenehmigungsbedürftige grenzüberschreitende Befugnisse	1926
1. Unmittelbares Hineinwirken in das Ausland	1926
2. Eilmaßnahmen	1929
II. Befugnisse von Auslandsvertretungen	1929
III. Rechtshilfe und konkurrierende Strafverfolgungszuständigkeiten	1929
1. Voraussetzungen der Verfolgungsübernahme	1929
2. Folgen der Verfolgungsübernahme, ne bis in idem	1930
IV. Verhältnismäßigkeit, auch von Aufwand und Ertrag	1937
E. Das Ersuchen um Rechtshilfe (iwS)	1937
1. Verfasser des Ersuchens	1937
1. Fahndung und Auslieferung	1937
2. Sonstige Rechtshilfe	1938
II. Form und Inhalt des Ersuchens	1941
EQQ III. Geschäftsweg	1942
VIII 1. Unmittelbarer Geschäftsweg	1942
2. Konsularischer, ministerieller und diplomatischer	
Geschäftsweg	1942

	IV. Notwendige Einschaltung weiterer Behörden
	1. Exekutive Bewilligung
	2. Bewilligungs- und Prüfungsbehörde
F.	Voraussetzungen und Grenzen der Rechtshilfe
	I. Allgemeine Voraussetzungen
	II. Besonderheiten für Fiskaldelikte
	1. Auslieferung
	2. Sonstige Rechtshilfe
	III. Spezifische Voraussetzungen für einzelne Maßnahmen
	Durchsuchung, Beschlagnahme und Herausgabe
	2. Vernehmungen
	IV. Grenzen der Rechtshilfenutzung, Spezialität
	1. Auslieferung
	2. Sonstige Rechtshilfe
G.	Ausgewählte Länderspezifika
	I. Schengenstaaten
	II. Besonderheiten der Schweiz
	1. Allgemeines
	2. Fiskalische Delikte
	3. Der Schweizer Spezialitätsvorbehalt
	III. Liechtenstein
	IV. Vereinigtes Königreich und Irland
	V. Mittel- und Osteuropa
	VI. Vereinigte Staaten und Kanada
	VII. Steueroasen in Übersee
	VIII. Asien und Ozeanien
Α.	Durchsuchung und Beschlagnahme  I. Beschlagnahme in Wirtschaftsstrafsachen – Beschlagnahmeverbot gemäß § 97 StPO  1. Personenkreis im Sinne der §§ 52 ff. StPO 2. Beschlagnahmefreie Gegenstände gemäß § 97 Abs. 1 StPO 3. Unterlagen von Ander-/Treuhandkonten 4. Einschränkungen des Beschlagnahmeprivilegs 5. Beschlagnahme von Unterlagen beim Syndikusanwalt II. Entbindung von der Schweigepflicht
	1. Vorbemerkung
	2. Entbindung von der Schweigepflicht durch den Insolvenzverwalter
	3. Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht im
	Zusammenhang mit dem beschuldigten Geschäftsführer einer GmbH
	– Juristische Personen als Mandanten eines Zeugnisverweigerungs-
	berechtigten
	III. Zufallsfunde IV. Folgen des Beschlagnahmeverbots
	V. Beschlagnahme von Behördenakten gemäß § 96 StPO
	VI. Verwertbarkeit von "Steuerdaten-CDs"
P	Einzelfragen der Akteneinsicht
D.	I. Rechtsweg gegen die Versagung der Akteneinsicht des Beschuldigten im
	Ermittlungsverfahren
	II. Akteneinsichtsrecht im Ausgangsverfahren nach Verfahrenstrennung

	III. Anhörung des Beschuldigten vor Erteilung der Akteneinsicht an den
	Verletzten
C. E	inzelfragen der Zeugenanhörung
	I. Zeugnisverweigerungsrecht eines Notars und seines Gehilfen gem.
	§§ 53 Abs. 1 S. 1 Nr. 3, 53a StPO bei amtspflicht- und gesetzeswidriger
	II. Auskunftsverweigerungsrecht eines Zeugen (§ 55 StPO)
	1. bei Vorliegen eines rechtskräftigen Urteils
	2. bei fehlender Rechtskraft hinsichtlich Straf- bzw. sonstigen
	Rechtsfolgeausspruchs
	3. bei Vorliegen eines rechtskräftigen Freispruchs
	III. Fragebögen an Zeugen zur Sachverhaltsaufklärung im Rahmen des
	Ermittlungsverfahrens
	erwertbarkeit von Angaben im Insolvenzverfahren gemäß § 97 InsO
E. V	erbot des Selbstbelastungszwangs im Steuerstrafverfahren
	I. Problemstellung
	II. Recht zur Lüge?
	III. Verpflichtung zur Abgabe von Steuererklärungen für nachfolgende
	8
	V. Verpflichtung die Einkünfte betragsmäßig offen zu legen?
	27. Kapitel. Besonderheiten im Strafverfahren
A. V	orbemerkung
	eweisantragsrecht
	I. Verfassungsrechtliche Anbindung des Beweisantragsrechts
	II. Das Verhältnis zur Aufklärungspflicht nach § 244 Abs. 2 StPO
	III. Der Begriff des Beweisantrags
	1. Beweisanträge außerhalb der Hauptverhandlung
	2. Die Rechtsprechung
	3. Definition
	IV. Formelle Anforderungen und Verfahren
	1. Antragsberechtigung und gemeinsame Antragstellung
	2. Ausschluss der Antragsberechtigung und Rechtsmissbrauch
	3. Form und Protokollierung – Anordnung nach § 257a StPO
	4. Zeitpunkt der Antragstellung
	5. Zurücknahme und Verzicht
	V. Der bedingte Beweisantrag
	1. Klassifizierungsansätze
	2. Der Hilfsbeweisantrag
	3. Der Eventualbeweisantrag
	VI. Die inhaltlichen Anforderungen an das Beweisbegehren
	1. Die Behauptung der Beweistatsache
	2. Die Angabe des Beweismittels
	VII. Beweisanregung, Beweisermittlungsantrag und Scheinbeweisantrag
	1. Beweisanregung und Beweiserbieten
	2. Beweisermittlungsantrag
	3. Scheinbeweisantrag und Missbrauch des Beweisantragsrechts
0154	VIII. Die Entscheidung über den Beweisantrag
	1. Die Anordnung der Beweisaufnahme
	2. Die Ablehnung des Beweisantrags durch Gerichtsbeschluss

<ol> <li>Die Ablehnung des Beweisantrags</li> <li>Das Verbot der Beweisantizipation</li> <li>Unzulässigkeit der Beweiserhebung gemäß § 244 Abs. 3 S. 1 StPO</li> <li>Die Ablehnungsgründe des § 244 Abs. 3 S. 2 StPO</li> <li>Ablehnung des Sachverständigenbeweises nach § 244 Abs. 4 StPO</li> <li>Ablehnung des Augenscheinsbeweises nach § 244 Abs. 5 S. 1 StPO</li> <li>Die Ablehnung eines Auslandszeugen nach § 244 Abs. 5 S. 2 StPO</li> <li>Die Fristsetzung bei Beweisanträgen nach § 244 Abs. 6 S. 2 und 3 StPO</li> </ol>	2044 2046 2047 2063 2064 2065
28. Kapitel. EDV-Beweissicherung	
A. Einführung	2071
I. Einleitung	2071
II. Bedeutung der EDV-Beweissicherung	2074
1. Bedeutung des Ermittlungsverfahrens	2074
2. Grenzen der Auslegung	2074
3. Einteilung der Zugriffsrechte	2076
III. Personelle und organisatorische Maßnahmen bei Staatsanwaltschaften	207
und Gerichten	2078
B. Einzelne Zwangsmaßnahmen  I. Durchsuchungen im EDV-Bereich	2078
Betroffener Personenkreis	2079
2. Inbetriebnahme fremder EDV-Anlagen	208
3. Nutzung fremder Programme	2083
4. Reichweite der Durchsuchungsbefugnisse	2083
5. Durchsuchungen mit Auslandsbezug	2086
6. Planung und Vollzug von Zwangsmaßnahmen	2089
7. Durchsicht der Papiere	2094
II. Beschlagnahme von Computerdaten	2094
1. Gegenstände als Beweismittel	209
2. Potentielle Beweisbedeutung	209
3. Formen der Sicherstellung	209
4. Beschlagnahmeverbote	209
5. Postbeschlagnahme	210
6. Rasterfahndung	210
7. Durchführung der Sicherstellung und Auswertung von EDV-	
Unterlagen	210
III. Strafprozessuale Mitwirkungspflichten	210
1. Zeugenpflicht	210
2. Editionspflicht (§ 95 StPO)	210
IV. Eingriffe in die Telekommunikation	210
1. Überwachung der Telekommunikation (§ 100a StPO)	211
<ol> <li>Auskunftsanspruch bzgl. Verkehrsdaten (§ 100g StPO)</li> <li>Auskunftsersuchen gem. § 112 TKG sowie § 100j StPO und §§ 14,</li> </ol>	212
15 TMG	214
4. Einsatz des IMSI-Catchers (§ 100i StPO)	214
5. Planung und Durchführung von Eingriffen	214
C. Ermittlungen im Internet	215
I. "Polizeistreifen" in Datennetzen	215
II. Online-Zugriff auf fremde Daten	215
Abgrenzung von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	215
2. Strafprozessuale Rechtsgrundlagen	215
III. Einsatz sonstiger neuer technischer Mittel	216

D. Ermittlungen mit Auslandsbezug  I. Einzelne Ermittlungsbefugnisse	2161 2161
	2164
111 102 1102 1103	
E. Zugriff auf verschlüsselte Daten	2165
I. Methoden der Datenverschlüsselung	2166
II. Bekanntgabe von Verschlüsselungsmechanismen	2167
F. Zusammenfassung und Ausblick	2168
29. Kapitel. Verständigung	
Vorbemerkung	2173
A. Einführung	2174
I. Allgemeine Bemerkungen	2174
II. Der Standpunkt des Bundesgerichtshofs bis zum Inkrafttreten des	
Gesetzes	2176
III. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	2177
IV. Die "Wächterfunktion" der Staatsanwaltschaft	2180
V. Kurzüberblick zur Gesetzesentstehung	2181
B. Die gesetzliche Regelung	2181
I. Überblick	2181
II. Anwendungsbereich des Gesetzes	2182
III. Die einzelnen Verfahrensabschnitte	2183
1. Ermittlungsverfahren	2183
2. Zwischenverfahren	2186
3. Hauptverfahren	2188
4. Protokoll und Urteil	2205
5. Rechtsmittel und Wiedereinsetzung	2208
IV. Ordnungswidrigkeitenverfahren, (§ 78 Abs. 2 OWiG)	2211
30. Kapitel. Finanzermittlungen, Vermögenssicherung,	
Opferentschädigung	
A. Einleitung	2215
I. Geschichtliche Entwicklung	2215
B. Materielle Rechtsgrundlagen der Vermögensabschöpfung gem. §§ 73,	2213
73a–73e, § 76a Abs. 4 StGB	2215
I. Rechtsnatur und Zweck	2215
II. Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern, § 73 StGB	2216
1. Begriffsbestimmung: Durch die Tat oder für die Tat etwas erlangt	2216
2. Bestimmung des Wertes des Erlangten, § 73d Abs. 1 StGB	2217
3. Schätzung von Umfang, Wert und abzuziehenden Aufwendungen,	2217
§ 73d Abs. 2 StGB	2220
4. Nutzungen gemäß § 73 Abs. 2 StGB	2220
5 Surrogate gemäß § 73 Abs. 3 StGB	2220
5. Surrogate gemäß § 73 Abs. 3 StGB  III. § 73c StGB Einziehung des Wertes von Taterträgen	2220
III. § 73c StGB Einziehung des Wertes von Taterträgen	2221
III. § 73c StGB Einziehung des Wertes von Taterträgen  1. Übersicht	2221 2221
III. § 73c StGB Einziehung des Wertes von Taterträgen  1. Übersicht  2. Anwendungsfälle  IV § 73a StGB Erweiterte Einziehung von Taterträgen bei Tätern und	2221
III. § 73c StGB Einziehung des Wertes von Taterträgen  1. Übersicht  2. Anwendungsfälle  IV. § 73a StGB Erweiterte Einziehung von Taterträgen bei Tätern und	2221 2221 2221
III. § 73c StGB Einziehung des Wertes von Taterträgen  1. Übersicht  2. Anwendungsfälle  IV. § 73a StGB Erweiterte Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern	2221 2221 2221 2223
III. § 73c StGB Einziehung des Wertes von Taterträgen  1. Übersicht  2. Anwendungsfälle  IV. § 73a StGB Erweiterte Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern  V. Einziehung von Taterträgen bei anderen, § 73b StGB	2221 2221 2221 2223 2225
III. § 73c StGB Einziehung des Wertes von Taterträgen  1. Übersicht  2. Anwendungsfälle  IV. § 73a StGB Erweiterte Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern  V. Einziehung von Taterträgen bei anderen, § 73b StGB  1. Struktur	2221 2221 2221 2223 2225 2226
III. § 73c StGB Einziehung des Wertes von Taterträgen  1. Übersicht  2. Anwendungsfälle  IV. § 73a StGB Erweiterte Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern  V. Einziehung von Taterträgen bei anderen, § 73b StGB  1. Struktur  2. "Vertretungsfall" nach § 73b Abs. 1 Ziffer 1 StGB  3. Verschiehungsfälle"	2221 2221 2221 2223 2225 2226 2226
III. § 73c StGB Einziehung des Wertes von Taterträgen  1. Übersicht  2. Anwendungsfälle  IV. § 73a StGB Erweiterte Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern  V. Einziehung von Taterträgen bei anderen, § 73b StGB  1. Struktur	2221 2221 2221 2223 2225 2226

<ol> <li>Fälle der mehrfachen Verschiebung</li> <li>Verschiebungsfälle, die einen Straftatbestand erfüllen</li> <li>Erfüllungsfälle gem. § 73b Abs. 1 S. 2 StGB</li> <li>Einziehung von Nutzungen beim Anderen, § 73b Abs. 2 StGB</li> <li>Einziehung von Surrogaten bei Anderen, § 73b Abs. 3 StGB</li> </ol>	2229 2229 2230 2230 2230
C. Verfahrensvorschriften zur vorläufigen Vermögenssicherung nach §§ 111b ff.	
StPO	2232
I. Sicherung des Anspruchs auf Einziehung durch Beschlagnahme gem.	
§ 111b Abs. 1 StPO	2233
1. Verfahren bei der Anordnung der Beschlagnahme nach § 111j StPO	2234
2. Kompetenz zur Einleitung und Durchführung der	
Vollstreckungsmaßnahmen bei der Beschlagnahme nach §§ 111k und	
111c StPO	2234
3. Wirkung der Vollziehung der Beschlagnahme nach § 111d StPO	2236
II. Sicherung des Anspruchs auf Wertersatzeinziehung durch	
Vermögensarrest nach § 111e StPO	2236
Anordnung des Vermögensarrestes nach § 111e StPO      Verfahren bei der Anordnung des Vermögensarrestes nach § 111j	2236
StPO	2237
3. Kompetenz zur Einleitung und Durchführung der Vollziehungs-	
maßnahmen beim Vermögensarrest nach § 111k StPO	2237
4. Wirkung der Vollziehung des Vermögensarrestes nach § 111h StPO	2238
III. Mitteilungen der Staatsanwaltschaft an Verletzte(n) bei Beschlagnahme	
und Vermögensarrest gem. § 1111 StPO	2238
IV. Herausgabe	2239
1. Herausgabe beweglicher Sachen als Beweismittel oder als	2220
Einziehungsgegenstand gem. § 111n StPO	2239
2. Verfahren bei der Herausgabe beweglicher Sachen gem. § 1110 StPO	22.40
(Kompetenzverteilung zwischen Staatsanwaltschaft und Gericht)	2240
D. Opferentschädigung	2240 2241
I. Opferentschädigung bei Einziehung von Taterträgen	2241
1. Entschädigung des Verletzten oder dessen Rechtsnachfolger bei Einziehung des Taterlangten gem. § 459h Abs. 1 StPO	2241
2. Verfahren bei Rückübertragung und Herausgabe gem. § 459j StPO	2242
II. Opferentschädigung bei Einziehung des Wertes von Taterträgen	2242
Opleienschadigung der Entziehung des Werters von Tatertragen      Entschädigung des Verletzten bei Einziehung des Wertersatzes gem.	2272
§ 459h Abs. 2 StPO	2242
2. Verfahren bei Auskehrung des Verwertungserlöses gem. § 459k StPO	2242
III. § 459l StPO Ansprüche des Betroffenen	2243
31. Kapitel. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen	
A. Stellung und Funktion des Verteidigers in Wirtschaftsstrafsachen	
I. Berufsauftrag des Strafverteidigers	2246
II. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen und Medien	2248
III. Die Sockelverteidigung	2251 2252
IV. Die Unternehmensvertretung	2256
B. Verteidigung im Ermittlungsverfahren	2256
I. Vorbemerkung II. Aktivitäten des Verteidigers im Ermittlungsverfahren	2257
Aktivitaten des Verteidigers im Ermittungsverfahren     Beratung des Mandanten	2257
2. Erste Aktivitäten des Verteidigers	2258
3. Aktonoingicht	2260

4. Abgabe einer Stellungnahme	2265
Eigene Ermittlungen des Verteidigers	2267
III. Verteidigung bei Durchsuchung und Beschlagnahme	2267
Verhaltensmaßregeln bei Durchsuchungen	2267
Aufgaben des Verteidigers im Rahmen von Durchsuchungen	2271
	2274
3. Anfechtung rechtswidriger Durchsuchungsbeschlüsse	2275
IV. Erledigungsmöglichkeiten im Ermittlungsverfahren	
C. Verteidigung im Zwischenverfahren	2277
D. Verteidigung im Hauptverfahren	2279
I. Vorbereitung der Hauptverhandlung	2279
II. Verteidigungsstrategien in der Hauptverhandlung	2280
20	
32. Kapitel. Der Geschädigte in Wirtschaftsstrafsachen	
A. Begriffsbestimmungen	2285
I. Geschädigter, Opfer, Verletzter	2285
II. Schlussfolgerungen	2288
B. Geschädigter und Geschädigtenvertreter	2289
C. Die Zeugenvernehmung des Geschädigten	2290
I. Der Verletzte als Beweismittel und Prozesssubjekt zugleich	2290
II. Befugnisse nach § 406f Abs. 1 StPO	2291
III. Befugnisse nach § 406f Abs. 2 StPO	2291
	2292
D. Die Strafanzeige	
I. Entscheidung über die Anzeigeerstattung	2292
II. Form und Inhalt der Strafanzeige	2294
III. Weiteres Vorgehen nach der Anzeigeerstattung	2295
E. Informationsrechte	2296
I. Übersicht	2296
II. Akteneinsicht, § 406e StPO	2297
1. Voraussetzungen	2297
AEn/G 2. Verfahren	2301
III. Pflichtgemäße Mitteilung nach § 406d StPO	2302
F. Anwesenheits- und Teilnahmerechte	2303
G. Private Ermittlungen des Geschädigten	2305
AG I. Übersicht	2305
AGI II. Rechtlicher Rahmen	2307
1. Hergebrachte Fragen privater Ermittlungen des Geschädigten	2307
2. Weitere Fragen der "Privatisierung der Strafverfolgung"	2309
III. Praxishinweise	2310
H. Strafprozess und Schadenswiedergutmachung	2311
I. Übersicht	2311
II. Einstellung nach § 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 StPO	2312
	2312
III. Einziehung und Opferentschädigung nach neuem Recht	2313
1v. Tatel-Opiel-Musgleich hach § Toa Stob	
v. Admasions vertained facility 400 ft. out O	2314
1. Dedeutung	2314
2. Voitelle	2315
3. Voraussetzungen	2315
4. Entscheidung	2318
5. Rechtsmittel des Antragstellers	2319
VI. Bewährungsauflage nach §§ 59, 59a Abs. 2 Nr. 1 StGB	2319
VII. Möglichkeiten nach dem Urteil	2319
VIII. Sonstiges	2320